Einzelpreis 20 Pfg.
In Oesterreich 40 Groschen

Münchner Neueste Nachrichten

Wirtschaftsblatt, Alpine und Sport-Zeitung, Theat[illegible]ronik

Sport-Nachrichten

Verlag Knorr & Hirth, G. m. b. H., München, Schriftleitung: Sendlinger Straße 80 — Auswärtige Schriftleitung: Berlin W., Kanonierstraße 40, Fernruf Jäger 7361. Augsburg: Mittl. Maximilianstr. A 22, Fernruf 8241. Nürnberg-N.: Meuschelstraße 54, Fernruf 53736. — Geschäftsstelle Berlin: W. 35, Matthäikirchplatz 13—15, Fernruf B 2 Lützow 8906. — Anzeigen-Preise: zur Zeit ist Preisliste Nr. 18 vom 15. März 1936 gültig. — Erfüllungsort München. — Platz-, Satz- und Tagwünsche ohne Verbindlichkeit. — Für die Herausgabe und Schriftleitung in Oesterreich verantwortlich: Josef Kneisel, Wien IX, Währingergürtel 134. Die Münchner Neuesten Nachrichten erscheinen 7mal wöchentlich, nämlich: Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Samstag früh und Samstag nachmittag (Sonntags-Ausgabe) Bei Störungen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugsgeldes

Die große Tageszeitung Bayerns und Süddeutschlands
Briefanschrift: München 2 BZ. Brieffach
Postscheckkonto: 5920 München
Spargirokonto: 6600 München
Fernruf 1296

Bezugspreis: In[illegible] monatl. RM. 3.20 (einschl. 50 Pfg. Zu[illegible] Postzeitungsgebühr) zuzügl. 42 Pfg. Zustellgeb[illegible] Wechsel-Bank, Commerz- u. Privatbank. Deutsche Bank u. D[illegible] Filiale München. In folgenden Ländern können die Münchner Neue[illegible] Nummern zum Preise von RM. 3.60 monatl. zuzügl. der Postgebühren des betreff[illegible] Belgien, Dänemark, Danzig, Estland, Finnland, Frankreich, Island, Italien, Lettland, Li[illegible] Marokko ohne Spanische Zone, Memelgebiet, Niederlande, Norwegen, Oesterreich, Portugal, Rumänien [illegible] Schweiz, Tschechoslowakei, Ungarn, Vatikanstadt. Ausländische Zahlungen auf Konto Knorr & Hirth, G. m. b. H., München. Einzelne Nummern unter Streifband nur gegen vorherige Einsendung von 35 Pfennig.

89. Jahrgang | Montag, 2. November 1936 | Nr. 302

Mussolinis Proklamation des bewaffneten Friedens

Räumung der südlichen Vorstädte von Madrid / Pariser Mißtrauen gegen den Königsbesuch in Prag / Ausklang der Berliner Gaufeiern

Die Grundlinien der Außenpolitik Italiens

Sonderdienst der Münchner Neuesten Nachrichten

Rom, 1. November

Die große außenpolitische Rede, die Mussolini heute vor einer viertel Million Menschen auf dem Domplatz in Mailand gehalten hat und auf deren Bedeutung man in offiziellen Kreisen Roms schon seit Wochen hingewiesen hatte, gab einen grundlegenden Ueberblick über die Stellung Italiens in der Welt. Die grundsätzlichen Erklärungen, die Mussolini bei dieser Gelegenheit abgab, sind von außerordentlicher Bedeutung und legen Italiens außenpolitische Haltung, wie es Mussolini auch betonte, auf längere Zeit fest. In ihrer Tragweite und in dem großen staatsmännischen Entwurf, der ihnen zugrunde lag, können diese Erklärungen in gewisser Beziehung mit dem großen Friedensangebot verglichen werden, das der Führer am 7. März vor der Welt proklamiert hat. Auch Mussolinis Erklärungen waren diesmal auf ein allgemeines Friedensangebot gestützt. Alles in allem jedoch war die Rede Mussolinis eine Proklamation des bewaffneten Friedens. Sie klang in die Ankündigung eines gewaltigen Rüstungsprogramms zu Lande, zu Wasser und in der Luft aus.

Der italienische Staatschef betonte einleitend, daß er über Probleme sprechen werde, die in anderen Ländern in den sogenannten Parlamenten oder am Ende der sogenannten demokratischen Bankette erörtert würden. Bei dem hohen Stand der politischen Erziehung des italienischen Volkes könnten diese Probleme aber von ihm an dieser Stelle in synthetischer Kürze umrissen werden, wobei allerdings jedes Wort wohl überlegt sei.

Wenn man zu einer Klärung der europäischen Atmosphäre gelangen wolle, so müsse man zuallererst mit den Gemeinplätzen, mit allen konventionellen Lügen aufräumen, die aus dem großen Schiffbruch der Ideologien Wilsons noch als Trümmer übriggeblieben seien. Eine dieser Illusionen, die Abrüstung, sei bereits gefallen. Niemand wolle als erster abrüsten und die gleichzeitige Abrüstung aller sei unmöglich und ein Widersinn. Als die Abrüstungskonferenz in Genf zusammentrat, so sagte Mussolini, war die Regie in voller Tätigkeit, eine Regie, die darin besteht, ein unscheinbares Nichts zu einem Berg aufzublasen, auf den für einige Tage die Scheinwerfer der Weltöffentlichkeit gerichtet sind, bis dann dieser Berg eine Maus gebiert, die in den Irrgängen einer beispiellos erfinderischen Prozedur verschwindet.

Eine zweite Illusion ist die internationale kollektive Sicherheit, die es niemals gegeben hat und niemals geben wird. Ein wirklich starkes Volk verwirklicht seine Kollektivsicherheit innerhalb seiner eigenen Grenzen und lehnt es ab, sein Schicksal den unzuverlässigen Händen Dritter anzuvertrauen. Ein dritter Gemeinplatz, mit dem aufgeräumt werden muß, ist der unteilbare Frieden. Ein solcher Frieden wäre gleichbedeutend mit dem unteilbaren Krieg.

Aber die Völker lehnen oft, und zwar mit Recht, ab, sich für Interessen zu schlagen, die nicht sie betreffen. Auch der Völkerbundsrat ist auf einem Widersinn, nämlich auf dem Kriterium der absoluten Gleichberechtigung aller Staaten aufgebaut, während sich in Wirchlichkeit die Staaten — zum mindesten vom Standpunkt ihrer Verantwortung vor der Geschichte — unterscheiden.

„Erneuerung oder Untergang"

Für den Völkerbund stellt sich ganz klar das Dilemma: Entweder Erneuerung oder Untergang. (Zurufe: Untergang!) **Da seine Erneuerung recht schwierig ist, kann er, was Italien anlangt, ruhig verschwinden.**

Auf jeden Fall haben wir es nicht vergessen und werden es auch nie vergessen, daß der Völkerbund mit geradezu teuflisch listigen Methoden die ungerechte Belagerung des italienischen Volkes organisiert hat, daß er versucht hat, dieses Volk in seiner konkreten, lebendigen Mentalität mit Frauen, Kindern und Greisen auszuhungern, daß er versucht hat, unsere militärischen Anstrengungen, die 8000 Kilometer entfernt vom Vaterlande im Gange waren, zu zerschlagen. Es ist ihm nicht gelungen, nicht etwa, weil er dies nicht ernsthaft gewollt hätte, sondern weil er die starke Vitalität des italienischen Volkes gegen sich hatte, das zu allen Opfern fähig ist und auch zum Kampf gegen 52 Staaten bereit war. Im übrigen braucht man, um Friedenspolitik zu treiben, sich nicht in den Wandelgängen des Völkerbundes zu bewegen.

Der Rauhreif auf eine Freundschaft

Und jetzt, so fuhr Mussolini fort, will ich das tun, was man in der Schiffahrt nennt: den Standort messen. Nach 17 Jahren der Polemik, der Reibungen, der Mißverständnisse, der aufgeschobenen und offen gebliebenen Probleme, kam es im Januar 1935 zu den Vereinbarungen mit Frankreich. Diese Abmachungen hätten einen neuen Zeitabschnitt wirklich freundschaftlicher Beziehungen zwischen den beiden Völkern eröffnen können und sollen. Aber es kamen die Sanktionen, und damit fiel natürlich auf die Freundschaft der erste Rauhreif. Man stand ja auch schon vor dem Winter. Dann aber kam der Frühling und mit dem Frühling kamen unsere herrlichen Siege. Die Sanktionen aber wurden weiter angewandt mit einer geradezu kleinlichen Strenge. Als Italien schon nahezu zwei Monate in Addis-Abeba stand, waren die Sanktionen immer noch am Leben. Es war einer der typischen Fälle, wo der Buchstabe den Geist tötet, wo man die starke Realität des Lebens in Formelkram verstecken will. Noch heute deutet Frankreich mit dem Finger auf die vergilbten Register in Genf und sagt: Das Kaiserreich des — schon lange Ex-„Löwen von Juda" ist noch immer am Leben. Was aber sagt demgegenüber die Wirklichkeit unseres Sieges? Das Kaiserreich des Ex-Negus ist längst tot, mausetot! Es ist sonnenklar, daß, solange die französische Regierung Italien gegenüber eine Haltung des Abwartens und der Reserve einnimmt, Italien nur die gleiche Haltung einnehmen kann.

Ungarn „der große Grenzverstümmelte"

Uebergehend zu den anderen Nachbarländern Italiens erklärte Mussolini weiter: Mit der Schweiz waren unsere Beziehungen immer außerordentlich freundschaftlich und werden es immer sein. Die Schweiz ist ein kleines Land, aber von größter Bedeutung sowohl wegen seiner völkischen Zusammensetzung als auch wegen seiner geographischen Lage, die es im Schnittpunkt Europas hat.

Weiter beschäftigte sich Mussolini mit den Abmachungen vom 11. Juli. Mit diesen Abmachungen habe in der modernen Geschichte Oesterreichs ein neuer Zeitabschnitt begonnen. Diese Abmachungen — davon mögen alle voreiligen und schlecht informierten Kommentatoren Kenntnis nehmen — waren mir bekannt und hatten meine Zustimmung seit dem 5. Juni. Es ist meine Ueberzeugung, daß dieses Uebereinkommen das Staatsgefüge Oesterreichs gefestigt und seine Unabhängigkeit nur noch mehr garantiert hat.

Solange Ungarn nicht Gerechtigkeit widerfahren sein wird, wird es auch keine endgültige Ordnung der Interessen im Donaugebiet geben. Ungarn ist wirklich der große „Grenzverstümmelte". Vier Millionen Ungarn leben außerhalb seiner jetzigen Grenzen. Weil man den Lehren einer allzu abstrakten Gerechtigkeit folgen wollte, hat man vielleicht noch schlimmere Ungerechtigkeit begangen. Die Gefühle des italienischen Volkes gegenüber dem ungarischen Volk sind die einer aufrichtigen, übrigens auf beiden Seiten bestehenden Anerkennung seiner militärischen Eigenschaften, seines Mutes, seines Opfersinns. Vielleicht wird sich sehr bald eine feierliche Gelegenheit ergeben, bei der diese Gefühle des italienischen Volkes eine öffentliche und kräftige Kundgebung erfahren werden.

Das vierte Nachbarland ist Jugoslawien. In der letzten Zeit hat sich die Atmosphäre zwischen den beiden Ländern stark verbessert. Vor zwei Jahren habe ich auf diesem gleichen Platz eine Anspielung auf die Möglichkeit der Herstellung von Beziehungen herzlicher Freundschaft zwischen den beiden Ländern gemacht. Ich nehme heute dieses Angebot wieder auf und erkläre, daß nunmehr die notwendigen und ausreichenden Voraussetzungen moralischer, politischer und wirtschaftlicher Art vorhanden sind, um die Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern auf neue Grundlagen einer wirklichen und konkreten Freundschaft zu stellen.

„Das antibolschewistische Banner: unsere eigene alte Fahne"

Außer diesen vier Nachbarländern Italiens gibt es ein großes Land, das in den letzten Zeiten bei den Massen des italienischen Volkes große Sympathien genießt. Ich spreche von Deutschland. Die Zusammenkunft von Berlin hat eine Verständigung zwischen den beiden Ländern über bestimmte Probleme ergeben, von denen in diesen Tagen einige ganz besonders brennend sind.

Aber diese Verständigung, die in besonderen Niederschriften festgelegt und in gebührender Form unterschrieben worden ist, diese Vertikale Berlin—Rom, ist nicht eine Schnittlinie, sondern vielmehr eine Achse, in der alle europäischen Staaten, die von dem Willen der Zusammenarbeit und des Friedens beseelt sind, zusammenarbeiten können. Deutschland, obwohl man es bestürmte und ihm in den Ohren lag, hat die Sanktionen nicht mitgemacht. Mit dem Uebereinkommen vom 11. Juli ist ein Spannungsfaktor zwischen Berlin und Rom verschwunden, und ich erinnere daran, daß auch schon vor der Berliner Zusammenkunft Deutschland bereits praktisch das Imperium von Rom anerkannt hatte. Wenn wir heute das antibolschewistische Banner erheben, so ist das nichts Erstaunliches. Das ist ja unsere eigene alte Fahne, unter der wir geboren sind, unter der wir gegen diesen Feind gekämpft, unter der wir ihn mit Opfern unseres eigenen Blutes besiegt haben.

Was man heute Bolschewismus und Kommunismus heißt, ist — hört wohl darauf! — nichts anderes als staatlicher Ueberkapitalismus der schlimmsten Form, ist also nicht eine Verneinung, sondern eine Uebersteigerung dieses Systems. Es wäre endlich an der Zeit, Faschismus und Demokratie nicht mehr zueinander in Antithese zu stellen. Das große Italien ist heute wirklich die große Verkannte. Wenn heute so mancher Minister, Deputierte und ähnliche Leute, die nur vom Hörensagen über Italien sprechen, sich einmal entschließen wollten, nach Italien zu reisen, so würden sie sich sofort überzeugen, daß, wenn es ein Land gibt, wo das wahre Wesen der Demokratie realisiert worden ist, dieses Land das faschistische Italien ist. Wir gehören dabei aber nicht zu denen, die die Vergangenheit einbalsamieren, sondern zu denen, die die Zukunft vorwegnehmen. Wir treiben die kapitalistische Kultur und besonders ihre mechanistische und fast gegen den Menschen gerichtete Seite nicht auf die Spitze, sondern schaffen eine neue Synthese und öffnen mit dem Faschismus den Weg für die wahre Kultur der Arbeit.

„Und hier wende ich mich an die Engländer"

Bis jetzt habe ich mich mit dem Kontinent befaßt. Italien ist aber eine Insel und die Italiener müssen sich allmählich die Mentalität eines Inselvolkes schaffen, da das der einzige Weg ist, um die Probleme der nationalen Verteidigung zur See auf den richtigen Plan zu stellen. Italien ist eine Insel, die aus den Fluten des Mittelmeeres sich erhebt. Dieses Meer ist — und hier wende ich mich auch an die Engländer, die in diesem Augenblick am Rundfunk mithören — für Großbritannien einer seiner vielen Seewege, ja eine Abkürzung, mit der England rascher in die Grenzgebiete seines Weltreiches gelangen kann. Nebenbei sei übrigens erwähnt, daß, als der Italiener Negrelli den Bau des Suez-Kanals plante, er gerade vor allem in England als ein Verrückter bezeichnet worden ist.

Wenn das Mittelmeer für die Anderen eine Verkehrsstraße ist, so ist es für Italien das Leben. Tausendmal habe ich es erklärt und wiederhole es auch heute, daß wir nicht die Absicht haben, diese Verkehrsstraße zu bedrohen. Wir haben nicht die Absicht, sie zu unterbinden, aber wir verlangen von der Gegenseite, daß auch unsere Rechte und lebenswichtigen Interessen geachtet werden. Es gibt keine Alternative. Die Tatsache ist geschaffen und unwiderruflich. Je früher das anerkannt wird, um so besser. Ein zweiseitiger Zusammenstoß ist nicht denkbar. Noch weniger denkbar ist, daß ein zweiseitiger Zusammenstoß zu einem europäischen Konflikt werden würde.

Es gibt also nur eine Lösung: die klare, schnelle und vollständige Verständigung auf der Grundlage der Anerkennung der gegenseitigen Interessen. Wenn es aber dazu nicht kommen sollte, wenn tatsächlich — was ich heute schon ausschließe — daran gedacht werden sollte, das Leben des italienischen Volkes in diesem Meere, das das Meer Roms war, zu ersticken, so möge man wissen, daß das italienische Volk wie ein einziger Mann sich erheben würde, bereit zum Kampf mit einer Entschlossenheit, die in der Geschichte wenige Beispiele hätte.

Die Losung unseres Weges im Jahre XV der faschistischen Zeitrechnung heißt: Friede mit allen, Friede mit den Nachbarn wie mit den anderen Völkern, bewaffneter Friede. Unser Rüstungsprogramm zu Lande, zu Wasser und in der Luft wird also regelmäßig weiterentwickelt werden. Beschleunigte Förderung aller produktiven Energien der Nation sowohl auf dem Gebiete der Landwirtschaft wie auf dem Gebiete der Industrie, Ausbau des korporativen Systems im Sinne seiner endgültigen Verwirklichung.

Dazu kommt aber noch eine letzte Losung, die ich gerade den Mailändern anvertraue. Diese Losung wird, dessen bin ich sicher, für Euch alle im selben Augenblick, in dem ich sie ausspreche, eine gebieterische Pflicht. Ihr müßt Euch an die Spitze derer stellen, die das Imperium in Werte umsetzen, damit es innerhalb der kürzest möglichen Zeit das Land des Wohlstandes, der Macht und des Ruhmes für das Vaterland werde.

Ueber den Rundfunk an die Welt

Die Rede Mussolinis wurde sofort in alle Sprachen übersetzt und in alle Teile der Welt gegeben; neben dem Deutschlandsender waren auch viele südamerikanische Stationen und die Sender zahlreicher europäischer Länder auf den Mailänder Domplatz geschaltet. Auch dies unterstreicht die Bedeutung, die der italienische Staatschef seinen Darlegungen geben wollte. Die Worte Mussolinis werden allerdings weder in Genf noch in Frankreich und England freudiger Zustimmung begegnen. Indem er deutlich darauf hinwies, daß die Gleichmacherei zwischen Nationen völlig verschiedener Bedeutung im Grunde ein Unrecht sei, ließ Mussolini zugleich auch durchblicken, in welcher Richtung die Vorstellungen gehen, die Italien von einer Neuordnung des Genfer Institutes hat. Die kühle Erklärung, daß der Völkerbund, wenn es nach Italien gehe, auch verschwinden könne, falls er sich nicht reformiere, werde gleichfalls nicht dazu beitragen, in Genf und in den Hauptstädten Westeuropas Freude zu erregen.

Der Hauptteil der Rede Mussolinis war den Außenbeziehungen Italiens in Europa gewidmet. Diese Beziehungen lassen sich nach den heutigen Erklärungen des italienischen Regierungschefs in drei Zonen aufteilen:

1. Staaten, mit denen Italien freundschaftliche Beziehungen unterhält. Zu diesen gehört neben Oesterreich vor allem Ungarn und das Reich. Die Erklärungen, das Deutschland sich durch die Ereignisse der letzten Zeit in Italien volle Sympathie des italienischen Volkes erworben hat, wurden von der Menschenmenge auf dem Mailänder Domplatz mit besonders herzlichen Beifallsdemonstrationen begrüßt. Größten Nachdruck legte jedoch Mussolini auch wiederum auf die ungarischen Revisionssprüche. Da der italienische Regierungschef in dieser Beziehung schon seit Jahren nicht mehr mit einer deutlichen Initiative hervorgetreten war, darf darin eine der überraschendsten Punkte seiner heutigen Rede erblickt werden. Die Aeußerung, daß es ohne die Befriedigung der Revisionsansprüche Ungarns keine endgültige Ruhe im Donauraum geben wird, ließ keinen Zweifel über die Absichten, die Italien in dieser Richtung verfolgt.

Die zweite Gruppe der Staaten, zu denen Italien Beziehungen unterhält, läßt sich nach der heutigen Rede wie folgt zusammenfassen: Jugoslawien, Frankreich und die Kleine Entente. Mit all diesen Staaten wünsche Italien in bessere Beziehungen zu gelangen. Besonders herzlich kam dies in Bezug auf Jugoslawien zum Ausdruck. In erheblich kühlerem Tone war jedoch der Wunsch, mit Frankreich zu einer Verständigung zu gelangen, ausgedrückt worden. Mussolini erklärte, daß Italien in seiner abwartenden Haltung gegenüber Paris solange verharren werde, als Paris der italienischen Regierung gegenüber nicht aus seiner jetzigen Reserve heraustrete.

Den Höhepunkt der Rede Mussolinis bildete jedoch die Auseinandersetzung mit denjenigen Kräften, die Italien in erster Linie als Gegner ansieht, nämlich in einer Hinsicht England, anderer Hinsicht der Bolschewismus. Die Betonung, daß der Faschismus im Zeichen des Kampfes gegen den Bolschewismus überhaupt erst geboren worden sei, spricht eine deutliche Sprache. Auch ohne im einzelnen auf die spanischen Ereignisse anzuspielen, ging aus den Erklärungen des Regierungschefs deutlich hervor, daß Italien niemals eine bolschewistische Republik in Spanien oder auch nur in Katalonien dulden wird.

Mit größtem Nachdruck wandte sich Mussolini wiederum gegen England. Die Bezeichnung des Mittelmeeres als „das Meer Roms" läßt keinen Zweifel darüber, daß Italien entschlossen ist, hier seine Ansprüche mit allem Nachdruck zu verteidigen. Selbst in den Zeiten der größten Spannung während der abessinischen Krise waren Warnungen von solcher Deutlichkeit an die Adresse Londons nicht zu hören. Wenn Mussolini erklärte, daß Italien eine Insel sei, die in das Mittelmeer rage und daß es demnach eine Insel-Mentalität zulegen müsse, so ging daraus deutlich hervor, daß Italien ein Flottenrüstungsprogramm verwirklichen wird, das Italien gegen jede Möglichkeiten im Mittelmeer sichert. Jedenfalls wird man die Feststellung, daß das Mittelmeer für England nur eine der vielen Straßen seines Imperiums sei, während es für Italien eine Lebensfrage darstelle, in London mit besonderer Aufmerksamkeit gehört haben.

Das Angebot an Belgrad

Jugoslawien und die Rede Mussolinis

E. H. **Belgrad**, 1. November

Mussolini hat in seiner Mailänder Rede von heute nachmittag in Anknüpfung an seine Rede vom 6. September 1934 Jugoslawien erneut zur Mitarbeit aufgefordert. Erst diese Bestätigung aus dem Munde des italienischen

Griechischer Tankdampfer in Flammen

Dreifache Explosion fordert 17 Todesopfer; 15 Männer schwer verletzt

Rotterdam, 1. November

Auf dem in Schiedam (Niederlande) am Kai liegenden griechischen Tankdampfer „Petrakis Nomikos" ereignete sich Samstag vormittag eine schwere Explosion. Innerhalb weniger Minuten stand das Schiff in hellen Flammen. 17 Personen, die sich zur Zeit des Unglücks an Bord befanden, wurden getötet; 15 wurden schwer verletzt. Unter den Opfern befinden sich auch mehrere Mitglieder der Rettungsmannschaften und der Feuerwehr.

Zu dem schweren Unglück wird noch bekannt, daß Werftarbeiter eben im Begriffe waren, Ausbesserungsarbeiten vorzunehmen, als eine Explosion erfolgte. Nach der ersten Explosion, durch die einige Besatzungsmitglieder und Werftarbeiter verwundet wurden, eilten zahlreiche Werftarbeiter und Feuerwehrleute an Bord des Schiffes, um Hilfe zu leisten und den entstandenen Brand zu löschen.

Kurze Zeit später explodierte jedoch ein Tank des Dampfers. Diese Explosion richtete furchtbare Verheerungen an und forderte zahlreiche Opfer. Umliegende Gebäude wurden beschädigt; ein großer Kran wurde buchstäblich abgeknickt. Das Unglück wurde dadurch vergrößert, daß sich bald darauf noch eine dritte Explosion ereignete, die gleichfalls schwere Auswirkungen hatte. Es mußten umfassende Absperrungsmaßnahmen getroffen werden; der Kai wurde wegen der großen Hitze geräumt. Die Feuerwehren waren gezwungen, sich bis auf 150 Meter von dem brennenden Schiff zurückzuziehen.

Aus dem Inhalt

Deutsche Jägerei 3
Am Rande des spanischen Bürgerkrieges . 4
Warum fallen die Blätter? 5
Deutsche Pressezeichnung 5
München gedenkt seiner Toten 6
Rumänischer Wirtschaftsbrief 9
Der Brucker Kunstring 11
Der „viel kunstreiche Architektor" 11
300 000 Opferzeichen verkauft 13
Ueberraschungstag im bayerischen Fußball 17
Bayern im Hockey-Silberschild ausgeschieden 19

Wetter:
Wechselnd

Staatschefs gibt den zahlreichen gleichlautenden italienischen Pressestimmen der letzten Tage wirkliches politisches Gewicht. Alle führenden Blätter Roms, ja auch der „Piccolo di Trieste", der zeitweise ein Rufer im Streit mit Jugoslawien war, haben jetzt die Notwendigkeit betont, nach der glücklichen Wiederanknüpfung der Handelsbeziehungen zu einer politischen Zusammenarbeit mit Jugoslawien vorzuschreiten. Jetzt sei, so heißt es in diesen Pressestimmen, der Moment zu einer offenen und aufrichtigen Aussprache gekommen; die Zeit scheine reif zum Abschluß eines neuen dauerhaften politischen Uebereinkommens, zu einem neuen Adria-Pakt.

Die jugoslawische Presse, die nach der bedeutsamen Erklärung Stojadinowitschs vom 1. Oktober über die Möglichkeit einer Verbesserung der wirtschaftlichen „und der übrigen" Beziehungen zu Italien auch in eigenen Artikeln positiv dazu Stellung genommen hatte, beschränkte sich zunächst darauf, die neuen italienischen Pressestimmen wiederzugeben. Sie tat es aber so ausführlich und in so großer Aufmachung, daß man daraus auch politische Rückschlüsse ziehen darf. Jugoslawien hat ja in der Tat keinerlei Grund, ein Angebot Italiens nach Zusammenarbeit abzulehnen, denn Jugoslawien — und das ist der entscheidende Unterschied zu ähnlichen Situationen in früheren Jahren — kann heute frei und selbständig sein Verhältnis zum Adria-Nachbarn regeln, da dieses Verhältnis heute nicht mehr eine Funktion der französisch-italienischen Beziehungen darstellt.

Drei Botschafter bei Delbos

Gespräche um die Westpaktverhandlungen

P. Tg. **Paris**, 1. November

Der französische Außenminister Yvon Delbos, in der letzten Zeit innenpolitisch stark in Anspruch genommen, hat gestern zum erstenmal wieder größere Diplomatenempfänge gehabt. Und zwar hatte der Außenminister drei wichtige Unterredungen: mit dem deutschen Botschafter Grafen Welczeck, dem italienischen Botschafter Cerruti und dem belgischen Botschafter Kerkhoff. Der Zweck des Besuches des deutschen Botschafters war, einige präzise Fragen über die auch in den deutsch-italienischen Besprechungen aufgeworfene Frage der Westpaktverhandlungen dem französischen Außenminister vorzulegen. Die Unterredung scheint, wie zu erwarten war, ein nicht unerhebliches Auseinandergehen zwischen dem deutschen und dem französischen Standpunkt ergeben zu haben, da Frankreich an einer Verbindung eines Westpaktes mit der Genfer Liga und der Berücksichtigung seiner Bündnisverträge in Osteuropa festhält. Trotzdem erklärt man am Quai d'Orsay, daß die Unterredung in durchaus freundschaftlicher Weise verlaufen sei, so daß die Gegensätze „nicht als unüberwindlich" betrachtet werden dürften.

Der italienische Botschafter Cerruti hatte Delbos einige Informationen über die in Frankreich mit so außerordentlicher Spannung erwartete Rede Mussolinis in Mailand gegeben. Die Unterredung hat aber, wie man am Quai d'Orsay offen zugibt, nicht den Eindruck verwischen können, daß das italienisch-französische Verhältnis zur Zeit in einem unfruchtbaren Stadium ist. Chambrun hat gestern seinen Posten in Rom verlassen, und der Quai d'Orsay sieht im Augenblick keine Möglichkeit, seinen Nachfolger St. Quentin nach Rom zu schicken, da Italien bei der Adressierung der Beglaubigungsschreiben an der Formulierung „An den König von Italien und Kaiser von Abessinien" festhält, was die französische Regierung als mittelbare Anerkennung der italienischen Eroberung noch nicht zugeben zu können glaubt. Die Unterredung Delbos-Cerruti soll keine Klärung dieser Frage gebracht haben, so daß man damit rechnet, daß die französische Botschaft in Rom längere Zeit verwaist bleiben wird. Zu der Westpaktfrage soll Cerruti erklärt haben, daß Italien diesen Vertrag in der Form einer Garantierung der deutsch-französischen bzw. deutsch-belgischen Grenze durch die vier Großmächte wünscht, in dem die Verpflichtungen der einzelnen Partner unbedingt gleich sein müssen. Es wäre — so soll der italienische Botschafter erklärt haben — unzulässig, daß zwei Vertragspartner etwa durch einen Beistandspakt untereinander verbunden bleiben, während die anderen nur durch einen Nichtangriffspakt geschützt wären. Diese Forderung würde also die französisch-belgischen bzw. französisch-englischen Militärbesprechungen-Sonderabmachungen ausschließen. Was die Rolle Belgiens betrifft, so könne sie, seinen Wünschen entsprechend, eine Sonderregelung im Westpakt erfahren. Schließlich hat Cerruti Delbos über die Berliner Besprechungen unterrichtet und dabei betont, daß nichts festgelegt worden sei, was sich gegen einen dritten Staat, insbesondere gegen Frankreich, richte. Ganz im Gegenteil seien Deutschland und Italien einig in dem Wunsche, sobald als möglich eine friedliche Regelung der die Westmächte interessierenden Fragen zu erzielen.

Der belgische Botschafter versicherte Delbos, daß seine Regierung die von ihr eingegangenen Verpflichtungen bis zur Schaffung eines neuen Westpaktes grundsätzlich aufrecht erhalten will. Delbos hat hingegen dem belgischen Botschafter mitgeteilt, daß der französische Generalstab mit Rücksicht auf die veränderte Sachlage die Frage einer Befestigung der französischen Nordgrenze nicht mehr länger zurückstellen könne. Hierzu kann mitgeteilt werden, daß Kriegsminister Daladier, der eben von einer mehrtägigen Inspektionsreise zurückgekommen ist, die er zusammen mit dem Generalstabschef Gamelin an der französischen Nord- und Nordostgrenze unternommen hat, im Ministerrat am Mittwoch die Frage der Befestigung der französischen Nordgrenze aufrollen wird.

24 Stunden vor der Präsidentenwahl

Roosevelt und Landon auf der Waage — Propaganda bis zuletzt

USA.-Wahlsonderdienst der Münchner Neuesten Nachrichten

Washington, 1. November

Nur noch eine ganz kurze Frist trennt von den entscheidenden Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten, die am Dienstag stattfinden werden. Die vielfachen Veranstaltungen des Wahlkampfes sind nun an ihrem Ende angelangt und erlauben noch vor dem Tag der Wahl eine gewisse klärende Uebersicht über die Lage.

In den Vereinigten Staaten gilt es als erwiesene Erfahrung, daß ein politischer Erfolg nur auf der Grundlage wirtschaftlicher Aufwärtsentwicklung von Dauer sein könne. In überzeugender Deutlichkeit, die mit Fortschreiten des Wahlkampfes sogar zugenommen hat, besagen nun fast alle Statistiken und Berichte nicht nur der Washingtoner Regierungsbehörden, sondern auch privater Stellen einen ständigen Aufstieg des Beschäftigungsgrades in Handel und Industrie, ein für Roosevelt günstiger Umstand. Gerade in den letzten Monaten vor der Wahl ist eine gewisse Hoffnungslose Stimmung verschwunden, eine Entwicklung, die einen starken Eindruck auf die Mittelstandsschichten kaum verfehlen wird, und möglicherweise selbst in die Front der konservativen Gegner der bisherigen Wirtschaftspolitik Roosevelts Lücken reißen kann.

Eindrücke von einer Reise

Eine der großen amerikanischen Nachrichtenagenturen hat einen Mitarbeiter sechs Wochen lang die wichtigsten Staaten der Union bereisen lassen und stellt die Eindrücke ihres Berichterstatters ungefähr so zusammen: Die unverkennbare Besserung der Wirtschaftslage werde den Ausgang der Wahl entscheidend mitbestimmen; die volkreichen Staaten an den großen Seen werden von der einen oder der anderen Partei durchweg nur mit knappen Mehrheiten gewonnen werden; Roosevelt habe bisher mehr sichere Staaten und Wahlmännerstimmen als sein Gegner Landon, jedoch hätten die Republikaner durch ihren in der letzten Wahlkampfwoche überraschend gegen das Rooseveltsche Sozialversicherungsgesetz und die darin vorgesehenen Zwangsversicherungsbeiträge geführten Angriff ihren demokratischen Gegnern Stimmen abgenommen; der Einfluß der „dritten Partei" Lemkes, Townsends und Pater Coughlins sei rasch im schwinden. Der gegen Roosevelt gerichtete Vorwurf der Ausgabenverschwendung habe sich nicht überall als wirksam erwiesen, schon gar nicht in jenen Bevölkerungsteilen, die am meisten in den Genuß der Regierungszuwendungen gelangt sind. Roosevelts „Radiopersönlichkeit" habe sich als gewaltiges Aktivum für die Demokraten erwiesen.

Weiße und schwarze Sportkanonen als Werber

Die von den beiden großen Parteien betriebene Propaganda mit allen Mitteln wird bis zuletzt durchgeführt. Die demokratische Partei zum Beispiel, deren Wahlhauptquartier zwei riesige Stockwerkfluchten des vornehmen Newyorker Baltimore-Hotels einnimmt, hat diesem Propagandabüro nicht nur Abteilungen für die Sonderbearbeitung der verschiedenen sozialen Schichten angeschlossen, sondern auch Abteilungen, die die vielen verschiedenen völkischen Gruppen, aus denen die amerikanische Bevölkerung sich zusammensetzt, ohne sie schon gänzlich zu einer völkischen Gemeinschaft verschmolzen zu haben, propagandistisch erfassen sollen. Auf zwei langen Korridoren des Wahlbüros reiht sich Türschild an Türschild mit den Namen dieser „Ausländerabteilungen". Da gibt es eine deutsch-amerikanische, eine italienisch-amerikanische, eine skandinavisch-amerikanische, selbst eine chinesisch-amerikanische Abteilung und andere mehr. Jede von ihnen gibt Propagandaliteratur in der betreffenden Sprache heraus und hat ihre eigene Wahlrednermannschaft.

Neben diesem Eingehen auf die Besonderheiten der verschiedenen Bevölkerungsteile macht sich aber auch ein Spekulieren auf Liebhabereien bemerkbar, die dem ganzen amerikanischen Volk eigen sind, so zum Beispiel die Sportleidenschaft. In der vergangenen Woche stellten die Demokraten den berühmten einstigen Boxweltmeister Jack Dempsey an die Spitze einer Gruppe von zwölf Ringkämpfern, die die Oststaaten bereisten, um für Roosevelt zu werben. Die Republikaner wiederum haben sich die große Popularität des dreifachen Olympiasiegers Jesse Owens zunutze gemacht, von dessen Wahlreden sie sich noch eine Sonderwirkung auf seine schwarzen Rassegenossen versprechen. Ein ähnlicher Versuch der Demokraten mit dem Negerboxer Joe Louis scheiterte, da Louis offenbar im letzten Augenblick vorzog, sich politisch nicht festzulegen.

Unterricht mit Dolmetschern?

Ein neuer Schlag gegen das Deutschtum in Rumänien

A. K. **Budapest**, 1. November

Ein Dekret der rumänischen Regierung über die Ernennung von neuen Lehrkräften für die staatlichen Minderheitenschulen im Banat hat in der deutsch-schwäbischen Bevölkerung stärkste Erregung hervorgerufen. Bei diesen Ernennungen handelt es sich nämlich durchweg um rumänische Lehrkräfte, die die deutsche Sprache derart mangelhaft beherrschen, daß in vielen Fällen der Unterricht in Frage gestellt wird und nur mit Hilfe von Dolmetschern erfolgen kann.

Die „Banater Zeitung" gibt der allgemeinen Erregung Ausdruck und richtet gleichzeitig scharfe Vorwürfe gegen die Schulpolitik des Unterrichtsministers Angelescu, der selbst das neue Gesetz über den Unterricht in den staatlichen Minderheitenschulen geschaffen hat und jetzt seine Durchführung sabotieren läßt. Wenn man berücksichtigt, so führt das Blatt aus, daß in den deutschen Siedlungsgebieten der Bukowina und Bessarabiens der deutsche Unterricht schon längst aufgelassen wurde, so hat dieser neue Schlag, der gegen die staatlichen Schulen mit deutscher Unterrichtssprache geführt wurde, nichts anderes zu bedeuten, als daß in dieser Art von Schulen der deutsche Unterricht auf der ganzen Linie eingestellt wird. Auch die übrigen Blätter der deutschen Volksgruppe in Rumänien legen aus diesem Anlaß scharfen Protest ein und gelangen übereinstimmend zu der Feststellung, daß dem Deutschtum Rumäniens ein schwerer Kampf bevorstehe.

Das deutsch-ungarische Kulturabkommen. Der Auswärtige Ausschuß des ungarischen Reichstages nahm in diesen Tagen den Gesetzentwurf der Regierung über das deutsch-ungarische Kulturabkommen an. Der Berichterstatter des Ausschusses betonte, daß die in dem Abkommen vorgesehene gegenseitige Errichtung von Lehrstühlen und wissenschaftlichen Anstalten sowie der Austausch von Professoren und Studenten zu einer weiteren kulturellen Annäherung zwischen den beiden Nationen beitragen würde.

Gemeinsame Feier von SA. und Gau

Dr. Goebbels spricht — Ausklang der Berliner Zehnjahrfeier

dnb. **Berlin**, 1. November

Die Festtage, in denen der Gau Groß-Berlin der NSDAP. sein zehnjähriges Bestehen unter der Leitung von Dr. Joseph Goebbels feierlich beging, haben mit einer Reihe letzter Veranstaltungen am Samstag ihr Ende genommen. Mit dem Gau zusammen feierte auch die SA. Berlin-Brandenburg ihr zehnjähriges Bestehen. Aus diesem Anlaß marschierten am Samstag nachmittag im Lustgarten 25 000 SA.-Männer mit zwölf Standarten und mehr als 300 Fahnen auf. Neben den Führern der SA., SS., des NSKK., den Politischen Leitern, den Offizieren der Wehrmachtteile sowie den Führern des Arbeitsdienstes standen auf der Schloßrampe die Träger des neuen Gauehrenzeichens.

Nachdem der Stabschef der SA. Lutze zusammen mit dem Gauleiter Dr. Goebbels erschienen war, kommandierte Obergruppenführer v. Jagow den Aufmarsch der Fahnen und Standarten und nahm dann das Wort zu einer Ansprache. Unter den Klängen des Liedes vom „Guten Kameraden" verlas er die Namen der 41 Ermordeten, die seit 1924 in Berlin ihr Leben für die Bewegung hingegeben hatten. SS.-Obergruppenführer und Chef der deutschen Ordnungspolizei, General Daluege, gab einen kurzen Rückblick auf die Geschichte der Berliner Schutzstaffel. Korpsführer Hühnlein erwähnte mit Stolz, daß auch das NSKK. bei der Feier mit einer Gruppe alter ehemaliger Motor-SA.-Männer beteiligt sei, die damit die Kampfverbundenheit und Kampfkameradschaft erneuern wollten. Stabchef Lutze knüpfte in seiner Ansprache an die Zeit vor zehn Jahren an und erinnerte daran, daß alle diese SA.-Männer, ohne jemals das Geringste dafür zu bekommen und ohne die Aussicht, etwas zu bekommen, ihre freie Zeit, ja ihre Familien geopfert hätten, nur um der Idee des Nationalsozialismus dienen zu dürfen.

Dann sprach Gauleiter Dr. Goebbels. Er würdigte den tapferen Einsatz der ersten Gliederungen der SA. und der damals noch unscheinbaren SS. und den Mut, den sie unter schwersten Opfern damals aufgebracht haben, und erinnerte dann an die glücklichen Stunden im Februar 1933, wo die Flaggen der nationalsozialistischen Revolution an den Gebäuden gehißt wurden. „Und wenn sich", so fuhr der Gauleiter fort, „in diesen Tagen die Häuser wieder mit derselben Fahne schmücken, die wir damals als ein kleines und verlassenes Häuflein mutig und tapfer den brüllenden und drohenden Kommunistenhorden entgegentrugen, so könnt Ihr und können wir mit Stolz sagen: Diese Fahnen sind auf unser Geheiß hochgegangen. Sie sind das Zeichen einer eroberten Stadt und einer gewonnenen Revolution!" Zum Abschluß des Appells fand ein Vorbeimarsch statt, den Stabschef Lutze vor dem Museum abnahm.

Volksfest in der Deutschlandhalle

Mit einem Volksfest in der Deutschlandhalle nahm am Abend die Jubelfeier einen fröhlichen Ausklang. Der riesige Raum war schon lange vor Beginn überfüllt. General Daluege richtete einige Worte an die Festteilnehmer, die Gauleiter Dr. Goebbels lebhaft begrüßten. Unter der Gesamtleitung des Gauprapagandaleiters Wächter ließen Heinz Kyschy und Leopold Hainisch vom Reichssender Berlin ein Programm abrollen, das in schier unerschöpflicher Fülle heitere Kunst in meisterhafter Darstellung brachte.

Dr. Goebbels dankt

Zum zehnjährigen Gauleiterjubiläum und zu seinem Geburtstag hat der Berliner Gauleiter Dr. Goebbels einen Berg von Karten, Telegrammen und Glückwünschen empfangen. Es sind Dokumente für das Verhältnis zwischen Minister und Volk, zwischen Führer und Gefolgschaft im nationalsozialistischen Staat; denn aus allen Teilen und Schichten der Bevölkerung sind diese Glückwünsche gesandt worden. Man findet Telegramme von Bildhauern, Schauspielern, Musikern, Dirigenten, Dichtern, Schriftstellern, von Theatern, Filmgesellschaften, Schriftleitungen und Zeitungsverlagen, Glückwünsche von Wirtschaftsführern, vom Handwerk, von Aerzten, Beamten, Studenten, Bauern, Kriegsopfern, jungen Soldaten der Wehrmacht, von Arbeitsdienstlagern, Briefe aus Zechen, von Betriebszellen, Belegschaften großer Werke, Angestellten großer Firmen, von den Schulungslagern der Partei und ihrer Gliederungen; weiter haben des Gauleiters gedacht der Luftsport, der Luftschutz, die Kraftfahrt, der Rundfunk, der deutsche Sport, die Hotels, die Universitäten, namhafte Vertreter der Kirche. „Unserm Jupp herzliche Grüße und Glückwünsche! Die alte Garde Düsseldorf", so lautet ein Telegramm. Die Sternecker-Gruppe aus München, die älteste Gruppe der Partei, gratuliert dem Berliner Gauleiter. Als Nachbarn, die sich besonders eng verbunden fühlen, meldet sich die Belegschaft einer Baustelle in der Nähe der Wohnung des Ministers. Unter dem Riesenberg der Glückwünsche der Künstler und Kulturschaffenden aller Art findet sich auch die Familie Rivels, „Akrobat Schööön". Einige große Firmen haben mit ihrem Glückwunsch besondere Spenden verbunden. Adele Sandrock hat vom Krankenlager herzinnige Glückwünsche gesandt. Auch die Frauen der vielbeschäftigten Berliner Parteigenossen haben den Humor nicht verloren. U. a. liest man da einen Glückwunsch der „Drei politischen Witwen", der Ortsgruppenleiter aus Alt-Glienicke, Königsheide und Niederschöneweide. Dr. Goebbels veröffentlicht dazu folgende Danksagung:

„Zu meinem Geburtstag und insbesondere zum Zehnjahres-Jubiläum des Gaues Berlin sind mir aus allen Kreisen der Bevölkerung so zahlreiche Glückwünsche und Geschenke zugegangen, daß es mir unmöglich ist, jedem, der so freundlich meiner gedachte, persönlich zu danken. Ich bitte das auch im Namen meiner alten Berliner Kameraden auf diesem Wege tun zu dürfen. Wir werden auch in Zukunft versuchen, durch unermüdliche Arbeit und nie rastenden Kampf für Reich und Nation uns dieses Vertrauens des Volks würdig zu erweisen."

Charakterlehre in der HJ.

Dr. Goebbels bei einer Morgenfeier der Berliner HJ.

dnb. **Berlin**, 1. November

Im Ufa-Palast am Zoo veranstaltete die Berliner HJ. am Sonntag eine eindrucksvolle Feierstunde, bei der Dr. Goebbels sprach. Ueber 2000 Mitglieder der HJ., des Jungvolks und des BDM. sowie die gesamte Führerschaft der Berliner HJ. nahmen teil. Mit Jubel begrüßte dann die Berliner HJ. Dr. Goebbels, der das Wort zu einer immer wieder von Beifall unterbrochenen Rede ergriff.

Er betonte, daß er sich mit der Arbeit und dem Streben der HJ. tief verbunden fühle. Die Vorwürfe, die man heute gegen die HJ. aus manchen Kreisen erheben zu können glaube, seien dieselben, die man ehedem gegen die Vorkämpfer der Partei erhob. Er kenne die Phrasen, daß man zu jung und unerfahren sei und daß man deshalb zuerst lernen statt reden müsse. „Wenn wir damals gelernt, statt geredet hätten, wäre Deutschland wahrscheinlich trotz all unserer Gelehrsamkeit in das Chaos und in den Bolschewismus versunken. Wenn es hart auf hart geht in der Entwicklung der Völker, dann hilft nicht die Gelehrsamkeit, sondern der Charakter. Die Gelehrsamkeit wird in den Schulen, der Charakter aber in den nationalsozialistischen Formationen gelernt!"

Dr. Goebbels wandte sich dann gegen den Vorwurf, die HJ. entfremde die Jugend dem Elternhaus. Dies könnte nur der Fall sein, wenn in diesen Familien keine nationalen Ideale mehr gepflegt würden. „Eltern und Lehrer, die genug Herz und Verstand hatten, sich für die Nation zu entscheiden," so stellte Dr. Goebbels fest, „haben uns Nationalsozialisten immer willig ihre Kinder und Erziehungsbefohlenen anvertraut, weil sie der Ueberzeugung waren, daß ihre Kinder sich bei uns in den besten Händen befinden und daß die nationalsozialistische Erziehung nur eine sinnvolle Ergänzung der Erziehung der Schule und des Elternhauses ist. Es ist gut, wenn die jungen Menschen einmal in der geschlossenen Formation etwas härter angefaßt werden, als man das gemeinhin im Elternhaus zu tun pflegt. Da sind sie dann nicht mehr die verhätschelten Muttersöhnchen, sondern Kameraden einer gemeinsamen Gesinnung, einer gemeinsamen Haltung, aber auch einer gemeinsamen Entbehrung und Härte gegen sich selbst." Reichsminister Dr. Goebbels übertrug zum Schluß den Dank, den ihm der Führer am Freitag im Sportpalast aussprach, auch auf die deutsche Jugend, die der Bewegung den Charakter der Jugendlichkeit gegeben und erhalten habe.

Der Saarpfalz-Rhein-Kanal

Verkehrsforderung des Saarkohlengebiets — Teilstück des süddeutschen Wasserstraßenplanes

Sonderdienst der Münchner Neuesten Nachrichten

Saarbrücken, 1. November

Durch eine Vortragsveranstaltung im Saarbrücker Rathaus stellte sich die Arbeitskammer Saarpfalz in den Dienst der Verwirklichung des geplanten Saarpfalz-Rhein-Kanals. Oberbürgermeister und Kreisleiter Dürrfeld, der Vorsitzende des im Januar d. J. in einer Mannheimer Tagung begründeten Saarpfalz-Rhein-Kanal-Vereins, betonte zunächst, die rückgegliederte Saar dürfe nicht zum Anhängsel der großen deutschen Wirtschafts- und Verkehrsorganisation werden, müsse vielmehr organisch fest und untrennbar mit ihr verschweißt werden.

Ueber die wirtschaftlichen Auswirkungen des Kanals sprach Dr. Cartellieri, der Geschäftsführer des Kanalvereins. Das Saarland, heute das drittgrößte Steinkohlengebiet des Reiches, weise die ungünstigste Verkehrslage auf. In alter Zeit war die Saar die Handelsstraße der Saarlande; heute geht die Hauptverkehrsrichtung jedoch entschieden östlich. Das Saarland müsse neue Wege nach seinem

größten Absatzgebiete, Süddeutschland

suchen; 85 v. H. der Saarkohle und 76 v. H. aller Güter im Eisenbahnversand sind 1935 nach dem süddeutschen Wirtschaftsraum gegangen. Eine Kanalisierung der unteren Saar und der Mosel nütze dem Saarland nichts, weil ein solcher Wasserweg den Frachtvorsprung der Ruhr verewigen würde. Die Ruhr versende heute rund 45 v. H. ihrer Kohle auf dem billigen Wasserweg, die Saar nur 3 v. H.; vom gesamten deutschen Güterversand gehe ein Viertel über die Wasserstraßen, vom Versand der Saar nur 2 v. H.

Die Linienführung auf der Strecke Saarbrücken—Kaiserslautern, die wirtschaftlich und verkehrspolitisch die günstigste, sei im wesentlichen bereits festgelegt, die Herausführung des Kanals aus der Großstadt Saarbrücken befriedigend gelöst; hoffentlich könnten die Untersuchungen bald bis zum Rhein ausgedehnt werden. Der Anschluß der mittleren Saar, zunächst bis Dillingen, an den Kanal sei jetzt schon geplant; die Einbeziehung der unteren Saar werde erwogen. Die technische Durchführbarkeit des Kanals stehe heute außer Zweifel, wenn auch

die Ueberwindung der Hardt

mit Hilfe von Schleusen, Hebewerken und Pumpspeisungen an die deutsche Wasserbautechnik hohe Anforderungen stellen werde. Als großzügige Arbeitsbeschaffungsmaßnahme sichere der Kanalbau die Beschäftigung von 25 000 Arbeitern auf fünf Jahre (rund 40 Millionen Tagewerke). Der Saarpfalz-Rhein-Kanal bilde im übrigen keine Sonderaufgabe für sich, sondern ein Teilstück im süddeutschen Wasserstraßenprogramm. Er sei dazu berufen, die Rohstoffstraße der Westmark zu werden und nationalpolitisch eine neue Querverriegelung zwischen dem jahrhundertelang umkämpften Grenzgebiet und dem Innern des Reiches zu bedeuten.

„Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei" in Sonderausgabe. Um das bekannte Buch von Reichspropagandaleiter Dr. Josef Goebbels „Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei" der breiten Oeffentlichkeit zugänglich zu machen, hat der Zentralparteiverlag eine ungekürzte kartonierte Sonderausgabe zum verbilligten Preise von 2.40 Mark herausgebracht. Die Auflage von 200 000 Exemplaren ist bereits bei weitem überschritten.

General a. D. v. Kuhl 80 Jahre alt

Einer der hervorragendsten der heute noch lebenden Vertreter des alten Heeres und einer der gründlichsten Kenner der Kriegsgeschichte, namentlich der Weltkriegszeit, General d. Inf. a. D. Hermann v. Kuhl, feiert am heutigen 2. November seinen 80. Geburtstag. Als vertrauter Mitarbeiter Schlieffens widmete er seine Aufmerksamkeit besonders dem französischen und dem englischen Heer, über die er maßgebende Denkschriften in der Vorkriegszeit herausgab. Zu Beginn des Krieges leitete er als Chef des Generalstabs der I. Armee unter Generaloberst v. Kluck den äußersten Schwenkungsflügel des deutschen Heeres, der gemäß dem Schlieffenschen Plan durch Belgien und Nordfrankreich rasch vorstieß. Als späterer Chef der zur einheitlichen Leitung der Sommeschlacht neugebildeten Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht erwarb sich v. Kuhl besondere Verdienste durch Neuordnung der Kampf- und Ablösungsverhältnisse, durch den Ausbau der Siegfriedstellung und deren rechtzeitige Benutzung. Nach Beteiligung an der Leitung der Rückzugskämpfe und der Heeresrückführung schied v. Kuhl aus dem alten Heer aus und stellte seine Feder in den Dienst des Wiederaufbaues der deutschen Wehrmacht, an dem er vor allem auch als Hauptschriftleiter des Blattes des jetzigen Reichsverbandes deutscher Offiziere durch 15 Jahre tätigen Anteil nahm.

Göring in Braunschweig

Grundsteinlegung eines Dienstgebäudes der Luftwaffe

dnb. **Braunschweig**, 1. November

Ministerpräsident Generaloberst Göring sprach auf einer Kundgebung in Braunschweig und vollzog im Anschluß daran die feierliche Grundsteinlegung für das neue Dienstgebäude der Luftwaffe. Auf dem Hauptbahnhof wurde Göring bei seiner Ankunft von Ministerpräsident Klagges und Staatsminister Alvers empfangen. Auf der Weihestätte am Nußberg hatten sich trotz des trüben, regnerischen Novemberwetters 20 000 Männer und Frauen versammelt, um Hermann Göring zu hören. Ministerpräsident Generaloberst Göring erinnerte an die gewaltigen Leistungen des Nationalsozialismus in den vergangenen Jahren. Auch der neue Bau der Luftwaffe sei ein weiteres Zeichen für den Aufstieg unseres deutschen Vaterlandes. Diese Bauten würden davon künden, daß ein starkes Geschlecht unter dem Hakenkreuz sich wieder gefunden habe trotz Not und Schmach. Der Ministerpräsident begab sich dann zum SA.-Feld, wo er im Kreise der Wehrmacht unter einem Strahlendom von Scheinwerfern den Grundstein zu dem Dienstgebäude der Luftwaffe in Braunschweig legte.

Einstellung Freiwilliger in die Luftwaffe

dnb. **Berlin**, 1. November

Amtlich wird über die Frühjahrs- und Herbsteinstellung 1937 in die Luftwaffe bekanntgegeben:

1. Die Annahme von Freiwilligen für die Einstellung im Frühjahr 1937 wird Ende November 1936 geschlossen. Verspätet eingehende Gesuche können für die Frühjahrseinstellung 1937 nicht mehr berücksichtigt werden. Freiwilligen, die im Frühjahr 1937 eintreten wollen, wird deshalb angeraten, sich sofort bei einem Truppenteil der Fliegertruppe oder Luftnachrichtentruppe zu melden.

2. Für die Herbsteinstellung 1937 können sich die Freiwilligen ebenfalls so bald wie möglich melden. Anmeldung bei jedem Truppenteil der Luftwaffe (Fliegertruppe, Flakartillerie, Luftnachrichtentruppe, Regiment General Göring).

3. Das „Merkblatt für den Eintritt als Freiwilliger in die Luftwaffe" wird an die Bewerber auf Verlangen abgegeben von den Wehrbezirkskommandos der Meldeämter und von allen Truppenteilen der Luftwaffe.

Die Spendenfahrkarte

Die Reichsbahn, das große sozialistische Unternehmen, wirkt auf die verschiedenste Weise am Winterhilfswerk mit. Neben den Leistungen ihrer Gefolgschaftsmitglieder ist es besonders die frachtfreie Beförderung der Sendungen, die wesentlichen Anteil am Sammeln wie am Verteilen der Spenden hat. Außerdem übernimmt die Reichsbahn aber auch heuer wieder während der Monate des Winterhilfswerkes an allen ihren Fahrkartenschaltern den Verkauf der Spendenfahrkarten. Vom 1. November ab sind diese Spendenfahrkarten zusätzlich zur Fahrkarte zum Preise von 10 Pfennig zu haben. Im letzten Winter ergab sich aus dem Verkauf allein dieser Spendenfahrkarten, deren Lösung für jeden nur ein geringes Opfer bedeutet, der beachtliche Gesamterlös von einer Viertelmillion Mark.

Italienischer Orden für Gauleiter Bohle. Dem sich zur Zeit in Rom aufhaltenden Gauleiter der Auslandsorganisation der NSDAP., Bohle, wurde bei einem Empfang vom Außenminister Ciano die Ordensauszeichnung des Großoffizieres des italienischen Kronenordens und den ihn begleitenden fünf Gauamtsleitern das Ritterkreuz des gleichen Ordens überreicht. — Nach der Teilnahme an der Kundgebung in Mailand trat Gauleiter Bohle den Rückflug nach Deutschland an.

Landesverräter hingerichtet. Die Justizpressestelle Berlin teilt mit: Der vom Volksgericht am 23. Mai wegen Landesverrats zum Tode und zum dauernden Ehrverlust verurteilte 27jährige Robert Wendel aus Kiel-Holtenau ist am Samstagmorgen in Berlin hingerichtet worden.

Hauptschriftleiter:
Dr. Ernst Hohenstatter (verreist)

Stellvertreter des Hauptschriftleiters und Politik: Dr. Giselher Wirsing; Chef vom Dienst, Bilderdienst und Vermischtes: Karl Linhart. Wirtschaft: Dr. Erich Meyer-Gmunden. Kultur: Dr. Arthur Hübscher. Nachrichten aus München, Film und Funk: Dr. Rolf Flügel. Sport: Walter Baumann. Nachrichten aus Süddeutschen Gauen: Dr. Karl Barbarino. Sämtliche in München. — Verantwortlicher Anzeigenleiter: Gerhart Haug, München; für den Inhalt der Anzeigen verantwortlich: Andreas Goetz, München. — D. A. IX 36: über 92 000. — Druck und Verlag von Knorr & Hirth G.m.b.H., München. Zur Zeit ist Preisliste Nr. 18 vom 15. März 1936 gültig.

Einzelpreis 20 Pfg.
In Oesterreich: 40 Groschen.

Münchner Neueste Nachrichten

Wirtschaftsblatt, Alpine und Sport-Zeitung, Theater- und Kunst-Chronik

Verlag Knorr & Hirth, G. m. b. H., München. Schriftleitung: Sendlinger Straße 80 — Auswärtige Schriftleitung: Berlin W., Kanonierstraße 40, Fernruf Jäger 7361. Augsburg: Mittl. Maximilianstr. A 22, Fernruf 8241. Nürnberg-N.: Meuschelstraße 54, Fernruf 53736. — Geschäftsstelle Berlin: W. 35, Matthäikirchplatz 13—15, Fernruf B 2 Lützow 8906. — Anzeigen-Preise: zur Zeit ist Preisliste Nr. 19 vom 20. November 1936 gültig. — Erfüllungsort München. — Platz-, Satz- und Tagwünsche ohne Verbindlichkeit. — Für die Herausgabe und Schriftleitung in Oesterreich verantwortlich: Josef Kneifel, Wien IX, Währingergürtel 134. Die Münchner Neuesten Nachrichten erscheinen 7mal wöchentlich, nämlich: Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Samstag früh und Samstag nachmittag (Sonntags-Ausgabe) Bei Störungen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugsgeldes

Die große Tageszeitung Bayerns und Süddeutschlands
Briefanschrift: München 2 BZ, Brieffach.
Postscheckkonto: 5920 München
Spargirokonto: 6600 München
Fernruf 1296

Bezugspreis: Inland durch unsere Geschäftsstellen in München und in Orten mit eigener Zustellung monatl. RM. 3.20 (einschl. 50 Pfg. Zustellgebühr), wöchentl. 80 Pfg.; durch die Post monatl. RM. 3.60 (einschl. 84 Pfg. Postzeitungsgebühr) zuzügl. 42 Pfg. Zustellgebühr. Bankkonten: Bayer. Vereinsbank, Bayer. Hypotheken- u. Wechsel-Bank, Commerz- u. Privatbank, Deutsche Bank u. Disconto-Gesellschaft Filiale München, Dresdner Bank, Filiale München. In folgenden Ländern können die Münchner Neuesten Nachrichten bei den zuständigen Postämtern zum Preise von RM. 3.60 monatl. zuzügl. der Postgebühren des betreffenden Landes bestellt werden: Belgien, Dänemark, Danzig, Estland, Finnland, Frankreich, Island, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Marokko ohne Spanische Zone, Memelgebiet, Niederlande, Norwegen, Oesterreich, Portugal, Rumänien, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei, Ungarn, Vatikanstadt. Ausländische Zahlungen auf Konto Knorr & Hirth, G. m. b. H., München. Einzelne Nummern unter Streifband nur gegen vorherige Einsendung von 35 Pfennig.

90. Jahrgang — Sonntag, 19. September 1937 — Nr. 255

Bezeichnende Eile in der Mittelmeerüberwachung

Zahlen über Entwicklung und Tätigkeit der Reichspost / An Stelle der abgebrannten Rotunde wird neues Messegebäude errichtet

Im Zwielicht

52 Kriegsschiffe Seiner Britischen Majestät und eine nicht geringe Anzahl Kriegsschiffe der französischen Republik werden in wenigen Tagen bereit sein, das Mittelmeer praktisch in eine französisch-englische Kontrollzone zu verwandeln. Das ist das wahre Ergebnis jener sogenannten Antipiraten-Konferenz von Nyon und ihrem Nachtrag, dem am letzten Freitag in Genf von den gleichen neun Mächten unterzeichneten Zusatzprotokoll.

Gegenüber der bewegten diplomatischen Vor- und Nachgeschichte dieses Konferenzplanes scheint fast der vertragliche Inhalt der „Arrangements" von Nyon und Genf an Bedeutung zurücktreten zu wollen. Und doch ist auch er wichtig. Kurz zusammengefaßt, erhalten alle Handelsschiffe im Mittelmeer mit Ausnahme derjenigen der beiden in Spanien kämpfenden Parteien auf hoher See den Schutz der dort stationierten englischen und französischen Kriegsschiffe, während in den Küstengewässern dies die Flotten der jeweiligen Anliegerstaaten übernehmen, soweit sie Unterzeichnermächte jener Abkommen sind. Der Handelsschiffahrt der beteiligten Mächte wird dabei die Einhaltung ganz bestimmter Seewege empfohlen, auf hoher See wie in den Hoheitsgewässern werden die Kriegsschiffe der Unterzeichnerstaaten gegen jedes U-Boot und — nach dem Genfer Zusatzprotokoll — auch gegen jedes Flugzeug und Ueberwasserfahrzeug, das ein Handelsschiff angegriffen hat, zum Gegenangriff vorgehen. Dieser Gegenangriff wird dann unmittelbar und mit dem Ziel der sofortigen Vernichtung von den kontrollierenden Kriegsschiffen eingeleitet werden, wenn sich das betreffende U-Boot, Flugzeug oder Kriegsschiff noch die Verletzung jener in den Londoner Protokollen von 1930 und 1936 festgelegten Regeln zuschulden kommen läßt, d. h. wenn es nicht vor Versenkung des Handelsschiffes die Rettung der Mannschaft und der Schiffspapiere ermöglicht hat.

Das sind reichlich eindeutige Schießbefehle. Und die Umsetzung dieser problematischen Formeln in die Wirklichkeit bürdet jedem Befehlshaber der in Frage kommenden Kontrollflotten ein Maß von Verantwortung auf, das über den militärischen Bereich weit hinaus und unmittelbar in das Gebiet der Politik hineinreicht. So selbstverständlich fast das Schutzrecht erscheint, das die Anliegerstaaten, z. B. Griechenland, Jugoslawien und die Türkei, in ihren Hoheitsgewässern über die durchlaufende Handelsschiffahrt ausüben sollen, um so mehr über jedes vernünftige Maß hinausgehend müssen die Kontrollrechte von Gibraltar bis Port Said der englischen und französischen Mittelmeerflotte besonders in Italien empfunden werden. Ihm, der Mittelmeergroßmacht par excellence, die eine kaum geringere afrikanische Gegenküste zu schützen hat als Frankreich, deren Inselbesitz des Dodekanes ebenso wenig übersehen werden kann, wie die Tatsache, daß alle für Italien lebenswichtigen Handelswege durch die Pforten dieses Meeres gehen, hat man in den Arrangements von Nyon und Genf lediglich das Tyrrhenische Meer als Kontrollzone zugedacht. Ein Meeresteil, der umgrenzt von Sardinien, Sizilien und der Westküste des Festlandes, sowieso ein italienisches Binnenmeer genannt werden kann. Demgegenüber gab es in Rom nur die Ablehnung, verbunden mit der Forderung nach gleichen Rechten. Eine Haltung übrigens, welche die Anknüpfung ergänzender Verhandlungen durchaus offen ließ.

Es ist bis heute nicht dazu gekommen. Im Gegenteil: Das Dioskurenpaar Eden und Delbos hat sich mit auffälligem Eifer bemüht, der englisch-französischen Zusammenarbeit im Dunstkreis von Genf eine deutliche antiitalienische Spitze zu geben. Das Ergebnis scheint die Erweiterung jener im Vorjahr über den Kanal hin ausgetauschten Bündnisversprechungen zu einer Voll-Entente zu sein, die auch das Zusammenwirken der Flotten im Mittelmeer mit einbezieht. Gegenüber allen Umkleidungsversuchen dieser nüchternen Tatsachen, etwa, daß es sich hier um einen zeitweiligen, gemeinsamen Schutz der am Mittelmeer beteiligten Mächte gegen das Piratenwesen handele, läßt sich in Rom nicht die fatale Aehnlichkeit der heutigen Lage mit jener Situation vor knapp zwei Jahren übersehen, da von London aus im Rahmen des Sanktionsfeldzuges gegen Italien gleichfalls eine kollektive Flottenaktion im Mittelmeer zu organisieren versucht wurde. Wie weit sich diese jüngste, so einseitig auf Frankreich festgelegte Kursrichtung der britischen Politik noch mit jenen englisch-italienischen Ausgleichsversuchen umfassender Art verträgt, die durch den bekannten Briefwechsel Mussolini—Chamberlain vor einigen Wochen eingeleitet wurden und Anfang Oktober in ihr eigentliches Verhandlungsstadium treten sollen, diese wohl verständliche Frage ist in der italienischen Presse der letzten Tage mit kritischer Besorgnis gestellt worden.

Auch in einem weiteren Zusammenhang gesehen weicht das Zwielicht, in das die Ziele der englischen Außenpolitik durch die letzten Unternehmungen des Herrn Eden geraten sind, keiner klärenden Helle. Es klingt nach bewußtem Nichtverstehenwollen — wenn nicht nach Schlimmerem —, wenn ein Blatt vom Range der „Times" die Beschlüsse von Nyon und Genf und damit die englisch-französische Flottenkontrolle im Mittelmeer mit dem Hinweis rechtfertigen möchte, Großbritannien sei eben ein Vorkämpfer der Nichteinmischung. Man sollte diese vielbenützte und nunmehr gründlich abgenützte Formel wirklich nicht mehr bemühen, nachdem in wenigen Tagen der ungehinderten Belieferung Rotspaniens mit allem nur erdenklichen Kriegsmaterial der Schutz der vereinigten Flotten unter dem wehenden Union Jack und der Trikolore zur Verfügung stehen wird. Daß von diesem Schutz die den Valencia-Bolschewisten gehörenden Handelsschiffe trotz der unverschämten Klagen eines Negrin ausgeschlossen sein werden, besagt demgegenüber so gut wie nichts. Sowjetrußland wird Kanonen, Tanks, Granaten, Flugzeuge nur noch ungestörter durch die Dardanellen nach Barcelona und Valencia befördern können. Es wird ebenso wenig wie bisher internationale Beamte jener famosen Nichteinmischungskontrolle dazu an Bord nehmen. Es wird auch nach wie vor eine Fülle von Handelsschiffen geben, an denen von der Mastspitze bis zur letzten Planke, vom Kapitän bis zum Schiffsjungen nichts englisch ist, außer jenem Strohmann irgendwo im Londoner Eastend, dessen zufällige britische Staatsbürgerschaft einer bunt zusammengewürfelten Reederei die Möglichkeit gibt, mit Hilfe der liberalen englischen Schiffahrtsgesetze sich als „englisch" zu bezeichnen und ihre Schiffe vollbepackt mit Kriegsmaterial und unter dem Schutz der britischen Kriegsflotte die rotspanischen Häfen anlaufen zu lassen. Und es werden nach wie vor der nationalspanischen Regierung die Rechte eines kriegführenden Staates und damit das Recht auf den Prisenkrieg auf hoher See vorenthalten und dadurch die Flottenstreitkräfte General Francos auf einen Streifen der spanischen Küstengewässer beschränkt. Eine Zone, die auf die Dauer zu schmal ist, um eine wirksame Abwehr des bolschewistischen Einbruchs auch an dieser Stelle durchzuführen.

Das sind Tatsachen, über die man sich in London nicht mehr mit den leeren Formeln von Nichteinmischung und Neutralität auf die Dauer wird hinwegtäuschen können, die vielmehr die britische Außenpolitik immer stärker in jenes Zwielicht geraten lassen, wo die bisherige Duldung sowjetrussischer Machenschaften zur Unterstützung wird.

J.-R. R.

Die Methode der vollendeten Tatsachen

P. Tg. **Paris**, 18. September

Mit der Unterzeichnung des Anhanges zum Nyoner Uebereinkommen über Schutzmaßnahmen gegen angreifende Ueberwasserschiffe und Flugzeuge tritt das Uebereinkommen von Nyon am Samstag in Kraft. Weder Eden noch Delbos haben auf eine neue italienische Erklärung gewartet, noch haben sie selbst Italien neue Vorschläge gemacht. Die Konferenz von Nyon ist also über eine so ausgesprochene Mittelmeermacht erster Ordnung wie Italien hinweg zu Ende geführt worden.

Diese Tatsache, die an vielen politischen Stellen Frankreichs und besonders in den Volksfrontkreisen mit großer Genugtuung festgestellt wird, wird als Beweis der „Handlungsfähigkeit der Demokratien" herausgestellt. „Endlich haben die Demokratien auch einmal gezeigt, daß sie nicht nur reden, sondern auch handeln können", erklärt die französische Presse, deren Ton gegenüber Italien wieder einmal anzuziehen beginnt. Man weiß, daß die Haupttriebfeder für die gleichlautende Haltung Frankreichs und Englands gegenüber Italien in der französischen Diplomatie zu suchen ist, die, wie man hier betont, größte Mühe hatte, den „unverbesserlichen langmütigen englischen Partner" von einem neuen Entgegenkommen gegenüber Rom abzuhalten. Dem englischen Außenminister Eden ist es allerdings in Genf nicht allzu schwer gefallen, sich den Wünschen gewisser französischer Volksfrontpolitiker anzuschließen, die am liebsten eine offene feindselige Haltung gegenüber Italien einnehmen wollten. Betont wird andererseits, daß sich weder Delbos noch Eden sonderlich wohl in dem jetzigen Zustand fühlten, der genug Konfliktsmöglichkeiten in sich berge, wenn nämlich die französisch-englischen „Polizeistreitkräfte" im Mittelmeer den italienischen Einheiten, die ja nicht an die Nyoner Bestimmungen gebunden sind, begegneten.

Inzwischen sind die französischen und englischen Flottenvorbereitungen zur Aufstellung der „Polizei" im Mittelmeer in vollem Gange. Man erklärt, daß die Einstellung der im Nichteinmischungsabkommen noch festgelegten englisch-französischen Kontrollschiffahrt — ein Abkommen, das von Deutschland und Italien bereits nach dem Zwischenfall der „Leipzig" gekündigt worden sei —, nicht die Verleugnung des Grundsatzes der Nichteinmischung an sich bedeute. Frankreich werde seine Kontrolle an der Pyrenäengrenze als „nationale Kontrolle" beibehalten. Zum obersten Chef der französischen „Polizeikräfte" im Mittelmeer ist der Vizeadmiral Esteva bestimmt worden, der Generalinspekteur der französischen Marinestreitkräfte im Mittelmeer. Die 2., 3. und 10. Torpedobootszerstörerflottille und die 6., 7., 12. und 13. Torpedobootsflottille hat Befehl bekommen, zu den Einheiten des Generals Esteva zu stoßen sowie eine ganze Reihe augenblicklich an der spanischen Küste stationierter französischer Kriegsschiffe, darunter das Flugzeugmutterschiff „Commandant Teste".

Unzweideutig gegen Franco

Aufschlußreiche Zugeständnisse in London

H. Sg. **London**, 18. September

Die gestern in Genf von den neun Mittelmeermächten angenommene Erweiterung des Nyoner Uebereinkommens auf Angriffe von Schlachtschiffen über Wasser und von Flugzeugen wird in England als eine ganz offensichtliche Verschlechterung für die nationalspanischen Seestreitkräfte angesehen.

Unter dem Schlagwort der „Humanisierung des Luftkrieges" soll offenbar praktisch jeder Luftangriff unmöglich gemacht werden. Diese verschärften Bestimmungen gelten sowohl auf hoher See wie in den Hoheitsgewässern der beteiligten Mächte. Der rotspanische Vertreter Negrin forderte sogar gestern die Mächte auf, ihre Maßnahmen auch auf spanische Hoheitsgewässer auszudehnen, in denen bisher selbstverständlich nur spanischen Schiffen, also im wesentlichen den Seestreitkräften General Francos, jede Art von Betätigung wie Minenlegen oder Abfangen von Materialschiffen zugestanden blieb. Welch große Verwicklungsmöglichkeiten dieses neue Abkommen schafft, geht schon daraus hervor, daß Patrouillenschiffe, die sich starken feindlichen Einheiten gegenübersehen, berechtigt sein sollen, die Hilfe anderer sich in der Nähe befindender Schiffe der Mittelmeerkontrolle anzurufen. Das Uebereinkommen von Nyon sieht vor, daß die technischen Einzelheiten den Admiralitäten der beteiligten Flottenmächte überlassen bleiben sollen und so besteht über viele wichtige Fragen, wie nun tatsächlich der Patrouillendienst auf die Dauer durchgeführt werden soll, auch in England keine Klarheit. In der Admiralität wird fieberhaft an strategischen Plänen für alle Möglichkeiten gearbeitet, die sich im Mittelmeer entwickeln sollten.

Der Inhalt des erweiterten Abkommens soll, wie man hier hört, noch am Samstag der deutschen und italienischen Regierung zur Kenntnis gebracht werden. Man übt also die seit Jahren verfolgte Methode, Deutschland bzw. Italien vorvollendete Tatsachen zu stellen. In London gibt man sich allerdings auch keinen Täuschungen darüber hin, daß die neuen Bestimmungen über das Vorgehen gegen Oberwasserfahrzeuge und Flugzeuge zu weiteren Spannungen in den Beziehungen zu Italien führen können. Auf der anderen Seite betont man mit allem Nachdruck, daß die Tür für die Teilnahme Italiens an der Mittelmeerkontrolle nach wie vor offen stehe. Der Versuch Italien in die Rolle des „Schuldigen" zu manövrieren, um dadurch zu verdecken, wie sehr man selbst die sowjetrussischen Interessen durch das Nyon-Abkommen fördert, ist offensichtlich.

Die gleichzeitige Aufgabe der Seekontrolle des Nichteinmischungsausschusses durch England und Frankreich finden in der Presse ungeteilte Zustimmung. Mit genau den gleichen Gründen, mit denen seinerzeit Italien und Deutschland auf die Wirkungslosigkeit dieser Seeüberwachung hingewiesen haben, begründet man diesen so überraschend erfolgten Schritt. Die Seekontrolle sei im Grunde immer unwirksam gewesen, da vielfach Schiffe, die Kriegskonterbande an Bord führten, unter fremder Flagge spanische Häfen angesteuert haben, ohne daß die Patrouillenschiffe irgend etwas dagegen unternehmen konnten. Nicht ohne Einfluß sich offenbar auch der Geheimbericht des niederländischen Vizeadmirals van Duhn geblieben, der darauf hinwies, daß die Kosten der Seeüberwachung in keinem Verhältnis zu ihrem Ergebnis stünden.

Und die Pyrenäengrenze?

Ernste Befürchtungen in Rom

Rom, 18. September

Bei Besprechung der durch die Beschlüsse von Nyon geschaffenen Lage erklären die Korrespondenten der römischen Morgenblätter übereinstimmend, das Problem der Sicherheit im Mittelmeer befinde sich nunmehr offen in einer Sackgasse. Der „Messagero" betont, England und Frankreich möchten gern die durch die Intrigen von Nyon geschaffenen Schwierigkeiten dadurch meistern, daß sie Italien gegenüber eine Politik der guten Worte betreiben, ohne jedoch auch nur einen Finger zu rühren, um aus der Sackgasse herauszukommen.

Der „Popolo di Roma" schreibt, England habe inzwischen die Benutzung der französischen Flottenstützpunkte zugesichert erhalten, die es während des ostafrikanischen Konfliktes umsonst verlangt hatte. Der Londoner Korrespondent des Blattes sieht in der Aufgabe der Küstenkontrolle zugleich den Auftakt zur Oeffnung der Pyrenäengrenze. Delbos habe ja erst kürzlich erklärt, daß Frankreich diese Grenze bei der ersten Gelegenheit öffnen wolle. Es sei anzunehmen, daß, falls ein solcher Anlaß sich nicht von selbst biete, man schon dafür sorgen werde, ihn hervorzurufen.

Ein Protest Nankings

Gegen Roosevelts Waffenausfuhrverbot

Neuyork, 18. September

Gegen das Ausfuhrverbot von Kriegsmaterial auf allen in amerikanischem Staatsbesitz befindlichen Schiffen nach Japan und China durch Präsident Roosevelt erfolgte ein formeller Protest des chinesischen Botschafters Wang in Washington. Die chinesische Botschaft in Washington gab weiter eine Mitteilung ihrer Regierung bekannt, derzufolge in China eine ernste Enttäuschung über die Maßnahme des amerikanischen Präsidenten Platz greife. Die Verfügung begünstige Japan und benachteilige China, in dem Mangel an Munitionsfabriken herrsche.

Am Jahrestag des mandschurischen Krieges

Schanghai, 18. September

Der Samstag, der die Wiederkehr des Zwischenfalles in Mukden und damit des Ausbruchs des chinesisch-japanischen Krieges um die Mandschurei brachte, stand wiederum im Zeichen schwerer Kämpfe. Die japanische Marine- und Feldartillerie beschoß die chinesischen Stellungen vom Nordbahnhof bis zur Markham-Road.

Nach Macao ausgelaufen

Lissabon, 18. September

Die portugiesische Regierung hat eine Marineschaluppe angewiesen, nach den chinesischen Gewässern auszulaufen, um den Schutz der portugiesischen Belange zu übernehmen. Besitzt doch Portugal in Südchina den Hafen und das Hinterland von Macao, unmittelbar gegenüber von Hongkong.

Explosion in einer Konditorei

Vier Gebäude zerstört — 60 Verletzte

Paris, 18. September

Eine schwere Explosion ereignete sich in dem Keller des Nebengebäudes einer Konditorei in einer der belebtesten Straßen Algiers. Außer dem Gebäude wurden vier anschließende Verkaufsgeschäfte vollkommen zerstört. Die Gewalt der Explosion war so groß, daß die Glassplitter der zerbrochenen Fensterscheiben 60 Meter weit fortgeschleudert wurden. Es gab im ganzen sechzig Verletzte, vor allem unter den Angestellten der Geschäftshäuser. Elf Schwerverletzte mußten ins Krankenhaus übergeführt werden.

An der Hilfeleistung beteiligten sich sowohl die europäische als auch die eingeborene Bevölkerung, das Sanitätskorps, die Truppe, die Feuerwehr und die Polizei. Ueber die Ursache der Explosion ist man sich noch nicht ganz klar. Man vermutet, daß ein Behälter mit komprimiertem Gas explodiert ist.

Gesamtdeutsche Volksordnung

Von Prof. Max Hildebert Boehm (Jena)

Der vom VDA. am 18. und 19. September durchgeführte „Tag des deutschen Volkstums" gibt Veranlassung, die Entwicklung zu einer größeren, über die Reichsgrenzen hinausgreifenden Volksgemeinschaft aufzuzeigen.

In den Jahrhunderten der frühen Neuzeit, die die Grundlagen des politischen Lebens der modernen Nationen schufen, stand das Dasein des deutschen Volkes im Zeichen hoffnungsloser Zersplitterung. Die Folge davon war, daß deutsche Sitte und deutsches Recht sich landschaftlich und in einzelstaatlichen Bahnen entwickelten. Reste einer gemeindeutschen Lebensordnung erhielten sich nur in den Lebensbereichen, um die sich der Staat nicht kümmerte. Es gab im verdämmernden Schatten des zerfallenden alten Reiches eine gefühlsmäßige Verbundenheit aller Deutschen, aber keine festen und zukunftssicheren Formen, in denen sich die gesamtdeutsche Volksgemeinschaft verwirklichen konnte. Die Abspaltung des niederländischen Volkstums, die weitgehende Sonderentwicklung der Schweiz und anderer Randgebiete und Außensiedlungen, die Entfremdung zwischen den deutschen Staaten waren Anzeichen einer bedrohlichen Auflösung des deutschen Volkstums schlechthin.

An der Wende zum 19. Jahrhundert setzte ein Umschwung ein. Das deutsche Volk, seine Jugend zumal, wurde der Schranken überdrüssig, die den deutschen Lebensraum verstellten. Im Napoleonischen Zeitalter brach das ehrwürdige Scheingebilde des Ersten Reiches zusammen. Es starb an Altersschwäche. Hunderte von reichsunmittelbaren, in Wahrheit fast souveränen Zwerggebieten verschwanden. Im Deutschen Bund wurde nach 1815 — freilich nur in lockerer Form — noch einmal fast das gesamte geschlossene deutsche Siedlungsgebiet im Herzen Europas föderativ zusammengefaßt. Auch dieser politische Rahmen für eine gesamtdeutsche Volksordnung war nur von vorläufiger Dauer. Bismarck setzte an seine Stelle das „kleindeutsche" Reich von 1871, dem ein weiteres Halbjahrhundert des Bestandes vergönnt war. Wiedergewinn alten deutschen Landes im Norden und Westen mußte damit erkauft werden, daß im Südosten über 12 Millionen Volksgenossen abseits blieben und unter habsburgischer Herrschaft, im Ringen mit eifersüchtig aufstrebenden Ostvölkern, dazu in sich gespalten durch die Leithagrenze zwischen den österreichischen Erblanden und Ungarn, in eine verhängnisvolle Sonderentwicklung gedrängt wurden. Zu den unleugbaren Versäumnissen dieses „Zweiten Reiches" gehörte die Tatsache, daß das allgemeine Bewußtsein und vor allem der herrschende Rechtspositivismus sich damit begnügten, die

Aus dem Inhalt

Im Zwielicht 1
Gesamtdeutsche Volksordnung 1
Eine Flußfahrt ist nicht immer lustig . . . 3
Künstler von hüben und drüben 4
Besuche bei Münchner Künstlern: Carl Wery 4
Die Deutsche Universität Tung-Chi 4
Bunte Bilder von den Manövern in der Hallertau 5
Der Sturz des Franken 8
Wir stellen vor: Emmy Putz 11
Erlaubter Blick in fremde Speicher 13
Der Goldfisch in der Glasglocke? 13

Heimat und Welt

Land des Herbstes. — Das Jadeplättchen. — Die Taubenpost. — Eine Enttäuschung.

Die Frau

Die Hand im Dunkel. — Geibels ungarische Liebe. — Herbstblume.

Büchertisch der „M. N. N."

Deutsches Schicksal. — Kindheitsklänge und Gespensterreigen. — Aus der Arbeit deutscher Verlage.

Musik-Rundschau

Bayerische Militärmusik. — Bruckner und Pfitzner.

Wetter:

Für Süd- und Nordbayern: Heiter und tagsüber warm. Später wechselnd bewölkt und vereinzelte Niederschläge.

(Näherer Bericht auf Seite 14)

Deutschen im Reich mit seinen Bundesstaaten, in Oesterreich-Ungarn, in der Schweiz und vollends in Uebersee ihrer besonderen staatlichen Rechtsordnung zu überlassen, während eine grenzübergreifende Volksordnung wenigstens für das gesamtdeutsche Kerngebiet in Europa nicht einmal als Problem und Willensziel sichtbar wurde. Die vorhandene Kulturgemeinschaft des deutschen Gesamtvolkes in zeitgültigen liberalen Formen verdeckte die Aufgabe, die unserem in Jahrhunderten zergliederten und auseinandergelebten Volke gestellt ist: über fortbestehende staatliche Grenzen hinweg der Volksgemeinschaft, die im Blut und im Geist angelegt und vorgeformt ist, aus einer bewußten gesamtvölkischen Gesinnung heraus die Gestalt einer bestandhaften Volksordnung zu geben.

Sondergeist und seelische Ferne

Der Weltkrieg zeigte deutlich, was in Jahrzehnten des äußeren Glanzes, des wirtschaftlichen Aufstieges und der militärischen Machtentfaltung zwischen 1871 und 1914 versäumt war. Die „nationale Idee" blieb weithin ein Sondergut der bürgerlichen Bildungsschicht, während breite Volksmassen im Banne des politischen Katholizismus in mürrischer Staats- und Volksverdrossenheit abseits standen oder durch den jüdisch beeinflußten Marxismus gegen die Stimme ihres Blutes zu einer ausgesprochenen antinationalen Weltanschauung verführt wurden. Wir wissen aus dem Buche des Führers, welch erschütternden Eindruck dieser Zustand, der im alten Oesterreich noch schärfer zutage trat, auf ihn in seinen jungen Jahren gemacht hat. Dazu kam eine tiefgehende Entfremdung zwischen den Deutschen im Reich und außerhalb seiner damaligen Grenzen, wobei der Sondergeist und die seelische Ferne von der seelischen Volksmitte in den einzelnen außendeutschen Gebieten je nach den örtlichen, sozialen und konfessionellen Sonderbedingungen sich in den verschiedensten Tönungen abstufte. So fehlte uns, wie wir heute aussprechen dürfen, manche der entscheidenden seelischen Voraussetzungen, um mit den Volksgenossen im Habsburgerreich nicht nur äußerlich, d. h. organisatorisch, „Schulter an Schulter" die gewaltige Schicksalsprobe des Weltkrieges wirklich zu bestehen: wir waren auch in keiner Weise auf die grenz- und außendeutschen Schicksalsfragen eingestellt, die im Weltkrieg zur Lösung drängten.

Der Zusammenbruch von 1918 enthob uns der Verantwortung, das gesamtdeutsche Schicksal aktiv neu zu gestalten, an dem die verworrene Kriegszielerörterung stümperhaft herumgerätselt hatte. Alles verlief jetzt zwangsläufig. Der Zwangsstaat von St. Germain fand nicht einmal in der bescheidenen Form einer Zollunion Anlehnung an das Reich, die Zerstückelung des deutschen Volksbodens schritt in verheerender Form weiter fort. Ueberall gerieten deutsche Volksgruppen unter drückende und entwürdigende Fremdherrschaft. Das „Minderheitenrecht" unter Genfer Schutz, an das sich die aufgesplitterten Volksgruppen klammern mußten, wurde von der Friedenskonferenz diktiert und unterschied sich in dem Grade an Weisheit nicht wesentlich von anderen Teilen des „Friedensvertrages". Jüdischer Rat war an den Minderheitenschutzverträgen maßgeblicher beteiligt als irgendeine deutsche Initiative. Der außendeutsche Vorstoß zur Kulturautonomie in Estland — von den Nationalitäten Ostmitteleuropas mit Begeisterung anerkannt — kam in anderen Ländern zu keiner praktischen Auswirkung. Die in Fremdstaaten eingegliederten deutschen Volksgruppen hatten also kaum irgendeine Gelegenheit, im Rahmen der gegebenen staatlichen Rechtsordnung der Nachkriegszeit rechtsschöpferisch ihr Schicksal zu gestalten. Sie blieben im wesentlichen auf unfruchtbare und wenig wirksame Proteste angewiesen. Ihren Schutz mußten sie außerhalb ihrer Staaten suchen: bei der öffentlichen Weltmeinung, bei der Genfer Liga, bei einzelnen fremden Regierungen und Staatsmännern, ohne daß mit all solchen Bemühungen der reißende Verfall ihrer Daseinsgrundlagen aufgehalten worden wäre. Von einer irgendwie rechtsgültigen oder auch nur praktisch rechtswirksamen gesamtdeutschen Volksordnung konnte unter diesen niederschmetternden Zeitumständen und Machtverhältnissen nicht gesprochen werden.

Stoff für private Beratungen

Der Hauptgrund für das Stocken aller Bemühungen, die in den ersten Zeiten nach dem Weltkrieg in diese Richtung zielten, ist in der Tatsache zu suchen, daß das völkische Ordnungsprinzip überhaupt im politischen Raum keine tiefere Klärung und Formgebung erfahren hat. Gewiß war der Weltkrieg im Zeichen der siegreichen Nationaldemokratien beendet worden. Zu den bestehenden älteren waren zahlreiche neue Nationalstaaten von unterschiedlicher Echtheit getreten, die jedenfalls ihre Entstehung und ihren Bestand durch das sogenannte Selbstbestimmungsrecht der Völker beglaubigten. Träger des Völkerrechts aber waren, wie auch der Aufbau der Genfer Liga zeigt, nach wie vor nicht die Völker selber, sondern die Staaten. In ihrem Innern konnten diese nach souveränem Ermessen eine Volksordnung verwirklichen: aber sie konnten und können nach der herrschenden Auffassung nicht ihre Volksgenossen fremder Staatszugehörigkeit wirksam in diese Ordnung einbeziehen, ohne den anerkannten Grundsatz der Nichteinmischung zu verletzen. Bemühungen um eine Gesamtvolksordnung blieben deshalb ein Gegenstand privater Beratungen von Sachkennern, Verbänden und Ausschüssen, die jederzeit, wie zahlreiche Prozesse und harte Bestrafungen erwiesen, dem polizeilichen und richterlichen Zugriff der argwöhnischen Hergerstaaten unserer außerdeutschen Volksgenossen ausgesetzt sind. Die „Konnationale", um einen vor etwa 12 Jahren von mir geprägten, inzwischen weitgehend eingebürgerten Ausdruck zu gebrauchen, die rechtlich geordnete Volksgemeinde über die Staatsgrenzen hinweg blieb ein völkischer Zukunftstraum, dessen Verwirklichung einstweilen von Tag zu Tag schwieriger wird.

Der große Einschnitt

Eine völlig neue Lage ist in dem Augenblick entstanden, als der Nationalsozialismus, andertthalb Jahrzehnte hindurch eine heftig bekämpfte Oppositionspartei, im Reich an die Macht gelangte und erstmalig in unserer Geschichte den deutschen Kernstaat mit revolutionärer Gewalt auf das Volkstum gründete. Im sieghaften Zeichen des Hakenkreuzes geriet nunmehr das ganze deutsche Volk in eine leidenschaftliche Bewegung, die den Rechtspositivismus zerbrach und nun — gestützt auf das zum Richtmaß erhobene gesunde Volksempfinden — Schritt für Schritt nach Gesetzen des Blutes eine neue deutsche Volksordnung verwirklicht. Die Entwicklung in Danzig und krisenhafte Vorgänge in Oesterreich haben in den letzten Jahren gezeigt, daß eine zutiefst im Volkstum begründete gesamtdeutsche Volksbewegung unmöglich in die Grenzen von Versailles gebannt bleiben konnte, daß sie das Deutschtum außerhalb der Reichsgrenzen zutiefst in Mitleidenschaft ziehen mußte. Mit diesem elementaren Erwachen eines neuen gesamtdeutschen Volksbewußtseins bahnen sich Zukunftsmöglichkeiten der europäischen Entwicklung an, die eine tiefgreifende Umgestaltung des geltenden Völkerrechts zur Folge haben müssen, zumal der Führer bekanntlich einer irredentistischen Abenteurerpolitik mehrfach eine eindeutige Absage erteilt hat.

Der stellenweise zur Unerträglichkeit angewachsene Druck auf das Außendeutschtum, mit dem die reaktionären Hüter des überkommenen Rechtspositivismus auf diese Bewegung antworten, zeigt deutlich an, wie stark die Welt die veränderte Lage empfindet. Der Siegeszug der Sudetendeutschen Partei unter Konrad Henlein in einem „demokratischen Land" — das ausgerechnet bei Sowjetrußland, dem erbittertsten Gegner der westeuropäischen bürgerlichen Demokratien, Schutz vor einer eingebildeten „deutschen Gefahr" sucht —, ist ein weiteres Anzeichen dafür, daß der Gedanke einer gesamtdeutschen Volksordnung auch da im Vormarsch ist, wo die Nutznießer des Gewaltfriedens von 1919/20 alle Hebel in Bewegung setzen, um den Durchbruch und die Stärkung des gesamtdeutschen Gedankens, einer auf Volkstotalitäten gebauten Neuregelung der Völkerbeziehungen, an der zahlreiche Völker brennend interessiert sind, unter allen Umständen zurückzudämmen. Die Augen unserer meisten Nachbarvölker sind der neuen Völkerordnung, die in der Sehnsucht von Millionen lebt, noch so wenig geöffnet, daß sie nur irredentistischen Ehrgeiz wittern, wo es in Wirklichkeit um vielneuartigere, im einzelnen noch kaum zu umreißende Formen eines rassisch-seelisch gebundenen volksgemeinschaftlichen Lebens geht.

Sinnerfüllung eines Wortes

Es wäre in der Tat verfrüht, heute schon etwas wie ein formales Programm künftiger gesamtdeutscher Volksordnung zu entwerfen, da doch die harmlosesten und selbstverständlichsten Formen eines Verkehrs zwischen deutschen Volksgenossen im Reich und außerhalb den geflissentlich gesuchten Anlaß zu Verfolgungen der deutschen Volksgruppen geben, von deren erbarmungsloser Härte sich die meisten Reichsdeutschen nur schwer ein Bild zu machen vermögen. Es ist bezeichnend genug, daß das Wort Volksordnung selber ganz jungen Ursprungs ist und überdies zunächst im verengten Sinn von Sozialpolitik aufgebracht wurde. Aber es verdient auch Beachtung — da sprachliche Vorgänge oft ein Spiegel tiefer Strebungen der Volksseele sind —, wie schnell das neue Wort sich durchzusetzen beginnt, daß es — ähnlich wie vor vier Menschenaltern Jahns „Volkstum" — als eine unmittelbar zeitgemäße Prägung empfunden wird. Das Wort läßt uns nicht los und drängt auf tiefere Sinnerfüllung und Sinnklärung. Wenn deutsche Menschen im Ausland heute auf scheinbar verlorenem Posten ausharren und kein Opfer scheuen, um heimatliche Scholle und Volkstumsrechte gegen staatlichen Willkürdruck zu verteidigen, dann lebt in ihnen die Zuversicht, daß das ganze deutsche Volk aus seiner nationalsozialistischen Erneuerung heraus die Kraft finden wird, sein völkisches Gesamtleben so zu ordnen, daß alle Deutschen drinnen und draußen in Frieden und Eintracht mit fremdvölkischen Heimatgenossen — treu der Stimme ihres Volkstums — in ihm die letzte, die weltumspannende Heimat finden und behalten werden.

Reichspost ernährt 1,5 Mill. Menschen

Zahlen aus einem der größten deutschen Betriebe

dnb. **Mannheim**, 18. September

Auf der Arbeitstagung der Verkehrswoche der DAF., Gau Baden, Reichsbetriebsgemeinschaft 10, Verkehr und öffentliche Betriebe, legte der persönliche Referent des Reichspostministers, Postrat Dr. Erich Körner, die Grundgedanken des Ministers über die Bedeutung der Deutschen Reichspost für die deutsche Wirtschaft dar. Die Auffassung, die Deutsche Reichspost sei selbst ein Teil der Wirtschaft, entspringe lediglich dem Geist des Liberalismus. Oeffentliche Verwaltungen, zu denen auch die Deutsche Reichspost gehört, und Wirtschaft haben ihrer Zielsetzung nach grundverschiedene Aufgabenkreise. Nicht Gewinnerzielung, sondern Wahrnehmung öffentlicher Fürsorge ist die Aufgabe der Staatsverwaltung, d. h. nicht Verdienst, sondern Dienst an der Allgemeinheit. So gehöre denn die Deutsche Reichspost nicht zur Wirtschaft. Die im März d. J. durch das Reichspostministerium vorgenommene Aufhebung des Wirtschaftserlasses aus dem Jahre 1925 trägt der nationalsozialistischen Auffassung Rechnung, daß der Staat selbst nicht Wirtschaft ist und auch selbst nicht wirtschaften soll.

Grundfalsch wäre aber nun, in der Aufhebung des Erlasses eine wirtschaftsfeindliche Einstellung der Deutschen Reichspost zu erblicken. Das Ziel der Reichspost sei Dienst an der Volksgesamtheit. Der Redner behandelte dann eingehend

das empfindliche Nervensystem

des Wirtschaftskörpers, das Nachrichtenwesen. Es weitet die Absatzgebiete der Wirtschaft und ermöglicht damit erst ihr und dem Transportwesen eine ausgedehnte Tätigkeit. Dieses Nachrichtenwesen erfordere eine besondere Pflege. Auf die vielfältigen Verwendungsarten der Reichspost übergehend, erklärte Dr. Körner, daß die Deutsche Reichspost im Briefdienst im Jahre 1933 allein 5,5 Milliarden und im Jahre 1935 5,7 Milliarden Briefsendungen bewältigte. Besonders habe sich auch die Reichspost in den Dienst des Zeitungswesens gestellt und ihre Einrichtungen zu den günstigsten Bedingungen zur Verfügung gestellt, ohne Rücksicht darauf, ob die aus dem Zeitungsdienst erzielten Gebühreneinnahmen die Unkosten decken.

Der von der Wirtschaft an die Reichspost herangetragene Wunsch, noch weitere über die in den letzten Jahren vorgenommenen Gebührensenkungen hinausgehende Ermäßigungen der Postgebühren vorzunehmen, da die derzeitigen Gebühren für die Wirtschaft eine zu starke Belastung bedeuteten und eine Herabsetzung der Gebühren auch zu einer Zunahme der Postsendungen und damit zu einem gewissen Ausgleich führen müsse, könne nicht gebilligt werden, da die Belastung der Wirtschaft durch die Postgebühren nur ein verschwindend kleiner Teil der Gesamtbelastung sei. Eine Senkung der Postgebühren um einen kleinen Prozentsatz ihrer bisherigen Höhe würde daher kaum eine Entlastung der Wirtschaft bedeuten. Keinesfalls aber könne sie eine Senkung der Warenpreise zur Folge haben. Andererseits würden sich solche für die Wirtschaft nicht ins Gewicht fallende Beträge bei der Reichspost finanziell außerordentlich stark auswirken. Die von der Oeffentlichkeit oft gewünschte Rückkehr zur Gebühr von 10 Pfg. für den Brief und 5 Pfg. für die Postkarte würde allein einen Gebührenausfall von jährlich fast 43 Mill. RM. ausmachen. Auf solche Summen kann vorerst schon im allgemeinen Staatsinteresse nicht verzichtet werden. Die Reichspost sei aber jederzeit

bereit, Gebührenermäßigungen durchzuführen

oder Vorteile zu bieten, wenn dies ohne Gefährdung des Haushaltes geschehen kann. So werde im innerdeutschen und europäischen Luftpostdienst schon jetzt ein ganz erheblicher Teil der deutschen Luftpost ohne Erhebung von Luftpostzuschlägen übermittelt. Die Menge dieser zuschlagsfreien Briefsendungen betrug im Jahre 1936 2 210 767 kg. Die Deutsche Reichspost stehe hiermit an führender Stelle unter den europäischen Postverwaltungen. Die Deutsche Reichspost hat sich auf den kürzlich abgehaltenen Luftpostkonferenzen im Haag und in Paris für den Grundsatz ausgesprochen, daß für die Briefpost der Luftweg, sofern sich durch ihn eine Beschleunigung in der Zustellung der Sendungen erreichen läßt, neben Eisenbahn und Schiffahrt als normaler Weg der Nachrichtenübermittlung betrachtet und im europäischen Dienst ohne Erhebung von Gebührenzuschlägen zur Verfügung gestellt werden soll.

Sehr eingehend behandelt dann Dr. Koerner die Schaffung des Weltluftpostnetzes, an dessen Ausbau gerade die Deutsche Reichspost mit am stärksten beteiligt gewesen sei. Einen Glanzpunkt und eine Leistung höchster Ordnung bilde die seit Anfang 1934 regelmäßig betriebene deutsche Luftpostverbindung nach Südamerika. Die deutsche Ausfuhr nach Mittel- und Südamerika habe seit der Aufnahme des Südamerika-Flugdienstes im Jahre 1934 eine Steigerung um 47,1 v. H. und im Jahre 1936 eine weitere um 30 v. H. erfahren.

In großen Zügen ging dann der Redner auf die personellen Fragen der Deutschen Reichspost ein. Man würde der Bedeutung der Deutschen Reichspost für die Wirtschaft nicht gerecht werden, wenn man außer acht ließe, daß in ihr 381 866 Beamte, Arbeiter und Angestellte Dienst tun, und daß mit den Familienangehörigen dieser Bediensteten und der im Ruhestand befindlichen 1,5 Millionen Menschen unmittelbar von der Deutschen Reichspost leben. Man dürfe auch nicht verkennen, daß die Deutsche Reichspost nicht nur indirekt durch ihren Nachrichtenübermittlungsdienst, sondern auch als

Auftraggeberin größten Umfanges

mit dem Wirtschaftsleben eng verknüpft sei. Die Deutsche Reichspost betrachte als Auftraggeberin, soweit sie nicht standortmäßig gebunden ist, das ganze Reich als einheitlich umfassendes Wirtschaftsgebiet und durchbreche diesen Grundsatz nur, soweit es sich um wirtschaftlich gefährdete Gebiete, insbesondere Grenzgebiete handle. Ihre Bedeutung als Arbeits- und Auftraggeber gehe daraus hervor, daß sie allein im Jahre 1937 Aufträge an die verschiedenen Industriezweige in Höhe von etwa 330 Mill. Mark gebe.

Beirat des Verbandes deutscher Kraftverkehrsgesellschaften

Berlin, 17. September

Am Freitag fand in den Räumen der Berliner Verkehrs-A.-G. unter dem Vorsitz von Direktor Bennigshoff und in Anwesenheit von Vertretern des Reichsverkehrsministeriums und des Generalinspektors für das deutsche Straßenwesen eine Sitzung des Beirats des Verbandes deutscher Kraftverkehrsgesellschaften (Dortmunder Verband) statt. Der Verband umfaßt heute alle kommunalen und gemischtwirtschaftlichen Omnibusbetriebe. Für die zukünftigen Arbeiten, die sich insbesondere auf die Normung und Typisierung der Omnibusse, die Einführung und zweckmäßige Gestaltung der Oberleitungsomnibusse und auf den Erfahrungsaustausch auf technischem, wirtschaftlichem und verwaltungsmäßigem Gebiet erstrecken, wurden auf der Tagung die notwendigen Richtlinien festgesetzt. Außerdem wurden Fragen der zweckmäßigen Gliederung der Verkehrsorganisation beraten.

Heimatscheine, Reisepässe

Neue österreichische Verordnungen

Wien, 18. September

Die österreichische Regierung hat angeordnet, daß Heimatscheine, die vor Inkrafttreten des Vertrages von Saint Germain ausgestellt wurden, keine Gültigkeit mehr haben sollen. Jeder Paßbewerber müsse Heimatscheine vorlegen, die nach dem 16. Juli 1920, dem Tage der Unterzeichnung des Saint Germain-Vertrages, ausgestellt sind. Diese Maßnahme wurde, wie man erfährt, deshalb notwendig, weil zahlreiche Personen, hauptsächlich Juden, die er für andere Nachfolgestaaten der österreichisch-ungarischen Monarchie optiert haben, nun auf einmal mit alten Heimatscheinen eine österreichische Staatsbürgerschaft erschwindeln wollen.

Gleichzeitig wird bekanntgegeben, daß die früheren, mit dem alten Staatswappen und der Bezeichnung „Republik Oesterreich" versehenen Reisepässe, die nach Ablauf der Geltungsdauer zur Verlängerung vorgelegt werden, nicht mehr verlängert werden, sondern durch neue, mit dem Doppeladler und der Bezeichnung „Bundesstaat Oesterreich" ersetzt werden.

Der Führer beglückwünscht Chile. Der Führer und Reichskanzler hat dem Präsidenten der chilenischen Republik zum Unabhängigkeitstag drahtlich seine Glückwünsche übermittelt.

Konrad Henlein bei Hodza. Der Führer der Sudetendeutschen Partei, Konrad Henlein, machte nach einer Mitteilung des Tschechoslowakischen Pressebüros Ministerpräsident Hodza einen Besuch und drückte ihm sein Beileid zum Ableben des Altpräsidenten Masaryk aus.

Die Karikatur der M.N.N.

Franz Esser

Die Mittelmeer-Gendarmen oder: Das Ergebnis der „Antipiraten"-Konferenz

Moskauer Pirat: „Wunderbar, jetzt kann ich meine Kanonen wieder ungeniert nach Valencia bringen"

Neues Messegebäude wird errichtet

Der größte Teil der Rotunde vernichtet — Beginn der Aufräumungsarbeiten

Sonderdienst der Münchner Neuesten Nachrichten

⊙ **Wien**, 18. September

Der gewaltige Brandplatz der Rotunde war die Nacht über mit kleineren Flammen übersät, die aus den Schutthaufen immer wieder aufschlugen. Noch um die Mitternachtsstunden waren die Mauerreste der Rotunde von einem Funkenregen umsprüht. Das Gesims des Hauptportals trug einen glühenden Feuerkranz, während das Innere der an das Hauptportal anschließenden Vorderfront noch immer helle Flammen zum Himmel emporwarf. Die westliche Front ist vollständig niedergebrannt, nur die vier Portale stehen wie römische Triumphpforten am Trümmerfeld. Auch während der Nacht hört man noch immer das Getöse zusammenbrechender Balken und das Prasseln der Flammen, wenn der Wind das Feuer neu entfachte. Während der Nacht wurde das Militär zurückgezogen und die Absperrung der Polizei allein überlassen. Die Feuerwehr bewacht weiter die Brandstätte. Von Zeit zu Zeit arbeiten die Schlauchlinien, um die kleinen Brandherde zu ersticken.

Im Laufe des heutigen Vormittags wurden die Aufräumungsarbeiten begonnen, die teilweise eingestürzten Schornsteine werden abgetragen und mit Spitzhaken wird versucht, das eingestürzte Zinkblechdach zu verkleinern, um es abtransportieren zu können und um die darunter sich befindenden Glutherde zu löschen. Im Prater drängt sich eine ungeheure Menschenmenge und das Riesenrad hatte eine Rekordbesucherzahl von über 2000 Personen aufzuweisen. Schon in den nächsten Tagen will man endgültige Beschlüsse über den Aufbau eines neuen Messegebäudes treffen und mit den Bauarbeiten noch in diesem Herbst beginnen.

Sehr einfache Auslegung

Roosevelt über „Diktatur und Demokratie"

U. P. **Washington**, 18. September

Am Fuße des Denkmals von George Washington stehend, hielt Präsident Roosevelt zur Feier des 150jährigen Bestehens der amerikanischen Verfassung seine große Ansprache. Innerhalb der Grenzen der Verfassung, so führte Roosevelt aus, werde er jene großen Regierungsformen durchführen, die er für die Erhaltung der amerikanischen Demokratie für notwendig halte.

Roosevelt kam dann auf „Diktaturen" zu sprechen und machte in diesem Zusammenhange neue Regierungsformen für die augenblickliche Weltlage verantwortlich. Die Zivilisation sei bedroht und die Vereinigten Staaten sähen sich der Gefahr gegenüber, selbst in einen Krieg verwickelt zu werden. Rüstungen und Defizite hätten sich überall angehäuft, Handelsschranken vervielfacht, Handelsschiffe würden auf offenem Meere bedroht und Furcht verbreite sich in der ganzen Welt. Das amerikanische Volk sei daher mit Recht entschlossen, diese wachsende Gefahr von seinen Küsten fernzuhalten. Falls sich die Demokratie erhalten wolle, müsse sie den Forderungen nach wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit und nach einer Erhöhung des Lebensstandards nachzukommen suchen. Roosevelt erklärte, die Krise verlange sofortiges Handeln und sie sei besonders gefährlich, da sich immer neue Schwierigkeiten einstellten. Aber er sei der Ueberzeugung, daß die Krise überwunden werden könne, wie es der common sense des Volkes erwarte, „unter der Verfassung und ohne Aufgabe seiner bürgerlichen und religiösen Freiheit, welche die Verfassung schützen soll."

Sorgen um den Chaco-Frieden

Rückwirkungen des Umsturzes in Paraguay

U. P. **Buenos Aires**, 18. September

Die Gefahr eines Wiederauflebens des Chaco-Krieges, die im Zusammenhang mit den innerparaguayischen Vorgängen kürzlich zu drohen schien, hat die Chaco-Friedenskonferenz dazu veranlaßt, in einer Entschließung die sofortige Durchführung aller der schon seinerzeit beschlossenen, aber wegen eines paraguayischen Protestes nur teilweise angewendeten Maßnahmen des „Chaco-Sicherheitssystems" zu fordern. Hierdurch sollen die noch ausstehenden Arbeiten der Grenzfestlegung zwischen Paraguay und Bolivien vor Störungen bewahrt werden. Die Entschließung wurde bereits an die Regierungen von Paraguay und Bolivien gesandt.

Oel-Vorratslager am Kap

Empire-Verteidigung baut vor

H. Sg. **London**, 18. September

Ein großes Oelvorratslager wird bei Yserplaatsvlei in der Nähe von Kapstadt errichtet. Seine Bedeutung für die englische Seeschiffahrt wird besonders betont. Es ist selbstverständlich, daß diese Anlage in Südafrika nicht nur dazu dienen soll, die Union mit Oelvorräten in einem Kriegsfall zu versehen, sondern sie stellt ein Stück weiteren Ausbaues des Reichsverteidigungsplanes dar. Falls nämlich das Mittelmeer für die Oeltransporte vom Irak und aus Rumänien plötzlich sich verschließen sollte, so begründet man diese Maßnahme, hätte Großbritannien für seinen Seeweg nach Indien wenigstens am Kap sichere Oelvorräte.

Diese Oellager sollen bis zu 200 000 Tonnen Petroleum, Oel und Schmierstoff fassen können. Direkte Oelleitungen werden in die Docks von Kapstadt gelegt werden. Selbstverständlich werden die Lager zum größten Teil unterirdisch angelegt, um sie gegen Luftangriffe zu sichern.

Giftige Gase

Drei Arbeiter tödlich verunglückt

Neuß, 17. September

Am Donnerstag morgen wurden in einem Graben in einem Gelände, auf dem die Bodenverhältnisse für die neuen städtischen Betriebswerke untersucht werden, drei Arbeiter bewußtlos aufgefunden. Sofort angestellte Wiederbelebungsversuche hatten keinen Erfolg mehr. Man vermutet, daß sich durch die Zersetzung des Mülls Giftgase gebildet haben, durch die die Arbeiter überrascht wurden. Die Untersuchung ist sofort eingeleitet worden.

Erdstöße in Italien

Geländeschäden in Parma

Rom, 18. September

Ein leichtes Erdbeben hat am Freitag um 13.30 Uhr in Parma einige Häuser beschädigt, doch sind glücklicherweise Menschenleben nicht zu beklagen. Um 21 Uhr erfolgten stärkere Erdstöße. Die Bevölkerung floh erschreckt ins Freie. Einige Schornsteine stürzten ein und zahlreiche Scheiben wurden zertrümmert. Auch in der Provinz wurde das Erdbeben bemerkt.

Ueberfall auf ungarische Pfeilkreuzler. In Budapest überfielen zweihundert Marxisten ein Parteilokal der ungarischen Pfeilkreuzler, in dem eine Versammlung abgehalten wurde. Auf das Kommando eines Juden eröffneten die marxistischen Verbrecher ein Revolverfeuer auf die Pfeilkreuzler, unter denen sich auch Frauen und Kinder befanden. Die Polizei konnte nur zwanzig der Angreifer, unter ihnen mehrere Juden, festnehmen. Mehr als 30 Personen wurden durch den Ueberfall verwundet.

Kommunisten in Wien verurteilt. Neun kommunistische Agitatoren aus Floridsdorf standen in einem zweitägigen Prozeß vor einem Wiener Schöffengericht. Die Angeklagten betrieben nicht nur kommunistische Agitation, sondern führten auch Spendensammlungen für Valencia durch. Alle Angeklagten wurden schuldig erkannt und zu Zuchthausstrafen von zwei bis sieben Monaten verurteilt.

Hauptschriftleiter Dr. Ernst Hohenstatter. Stellvertreter des Hauptschriftleiters und Politik: Dr. Giselher Wirsing (in Urlaub); Vertreter: Johannes-Renatus Renner. Chef vom Dienst, Bilderdienst und Vermischtes: Karl Linhart. Wirtschaft: Dr. Erich Meyer-Gmunden. Kultur: Dr. Arthur Hübscher. Nachrichten aus München, Film und Rundfunk: Dr. Rolf Flügel (in Urlaub); Vertreter Lothar Kuppelmayr. Sport: Franz Miller. Nachrichten aus Süddeutschen Gauen: Dr. Karl Barbarino. Sämtliche in München. — Verantwortlicher Anzeigenleiter: Gerhart Haug, München; für den Inhalt der Anzeigen verantwortlich: Andreas Goetz, München. — D.A. VIII. 37: Ueber 85 000. Druck und Verlag von Knorr & Hirth G. m. b. H., München. Zur Zeit ist Preisliste Nr. 19 vom 20. November 1936 gültig.

Des Reiches der Deutschen Kronzier

Glanz und Not durch ein Jahrtausend

Welch Ablauf in der Geschichte könnte sich an Wucht und Eindringlichkeit messen mit dem Werden und Vergehen des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation! Ein Bild, bezwingend durch seine Größe, betörend durch seine Bewegtheit und ergreifend durch seinen Ausgang, breitet sich das Kaisertum der Deutschen als ein tief und breit durchwirkter Teppich ein Jahrtausend hindurch über die Lande. Wechselnd ist seine Gestalt wie sein Schicksal, seine Umrisse verfließen in abenteuerliche Fernen, und selbst sein Kern, der Deutschland heißt, bewegt sich innerhalb des gewaltig ungewissen Rahmens in tausenderlei verschiedenen Formen, Zuständen und Entwicklungen. Hoch ist dem Reichsaar der Flug gesetzt über alles Wappengetier des Abendlandes. Es gibt Zeiten, da nicht nur die Könige von Frankreich und England sich des Kaisers Richtspruch gefallen lassen müssen, sondern selbst die Fürsten des Orientes in Syrien und Armenien, die Sultane der nordafrikanischen Barbareskenstaaten dem Deutschen Kaiser den Lehnseid schwören. Es gibt aber auch Zeiten, da alle Macht des Reiches nicht genügt, um die Reste toter Kaiser vor ausländischer Schändung zu bewahren, und Zeiten, da lebende Vertreter der höchsten Macht auf verschwiegenen Alpenpfaden landflüchtig irren.

Die Kleinodien des Reiches haben dies Auf und Ab des Schicksals ihrer Träger geteilt. Ihnen, den Sinnbildern höchster Macht, ist es vergönnt gewesen, an hellen Krönungstagen den um sie gesammelten Glanz der Welt einzufangen und zurückzufunkeln. Es war ihnen aber auch auferlegt, von Burg zu Burg in großer Heimlichkeit den Weg zu nehmen, am Rhein und in Böhmen, ja selbst in Ungarn die Tiefe verborgener Schloßverließe hinter aufgezogenen Zugbrücken um Schutz angehen zu müssen. So spiegeln diese Insignien der kaiserlichen Macht das Geschick eines zugleich ungeheuren und anfälligen, zugleich uralten und unsteten Staatsgefüges wider.

Am Tage der Neugründung des Großdeutschen Reiches gab die weltliche Schatzkammer in der Burg zu Wien die alten Sinnbilder der Reichsgewalt dem neuen Reiche zurück. Da liegen sie, Krone und Zepter, Reichsäpfel und Krönungsgewänder, ehrwürdige Zeugen einer deutschen und mehr als deutschen Herrlichkeit, der es gesetzt war, mehr als ein Jahrtausend über der Erde zu leuchten, um dann eingesargt zu werden. Mit fremdem, prunkendem Worte mahnen die Herkunftsländer an einstige Herrschaft über den Erdkreis. Burgund bot die Heilige Lanze und sah den Innenkörper der Krone entstehn; Sizilien lieferte aus sarazenischer Werkstätte die Gewandung; die Dalmatica lehnt sich an das Vorbild an, das Kaiser Diocletian zu Spoleto getragen; Bügel und Kreuz der Krone aber wurden zu Regensburg und Bamberg, das Schwert des heiligen Mauritius in Niedersachsen und auch der Reichsapfel in Deutschland gefertigt. Als Aufbewahrungsorte dieses Schatzes leuchten die Namen deutscher Städte: Aachen, mit romanischen Pfeilern tief im Boden wuchtend wie ein urtümlicher Heiligenschrein, Frankfurt, reiche und fröhliche Bühne des festlichen Krönungsganges, Nürnberg, eine unendlich gediegene, zuverlässige Treuhänderin. Und schließlich die große Herrin, die vom letzten Alpensaum herabgleitend gelassen in die Weite schaut: Wien, das diese Zeichen imperialer Macht solcher Obhut anvertraute, um sie dann in der Not des Reiches mütterlich an sich zu pressen. So zieht sich der Streifen kaiserlichen Purpurs vom karolingischen Aachen im Nordwesten über die geruhsame Reichsmitte zum habsburgischen Südosten, ein Symbol der Verlagerungen der Reichsgewalt und ihres Wechsels, aber doch auch einer streng betonten Ueberlieferung und Zusammengehörigkeit.

Die Aachener Kleinodien sind von den Nürnberger Stücken zu scheiden. Bis zum Jahre 1794 waren die drei Aachener Stücke im achteckigen Münster des großen Karl aufbewahrt worden. Sie bestehen aus dem Evangeliar des Kaisers, seinem Säbel und der sogenannten Stephansbursa. Auf das mit goldenen und silbernen Lettern auf Purpurgrund geschriebene Evangelienbuch mußten die Kaiser den Eid leisten, nicht nur die 32 deutschen Könige und Kaiser, die von Ludwig dem Frommen bis auf Ferdinand I., also von 813 bis 1531, im Aachener Hochmünster gekrönt wurden, sondern auch die seitherigen. Von Aachen wie von Nürnberg mußten daher die Insignien immer nach Frankfurt geleitet werden. Das Evangeliar ist in Gold gebunden und läßt auf byzantinische Herkunft schließen. Kaiser Karl soll es im Tode auf seinen Knien getragen haben. Otto III. ließ ja im Jahre 1000, das als Weltende gefürchtet wurde, die Aachener Gruft erbrechen, wie er auch nach Gnesen zum Grabe des heiligen Adalbert wallfahrte. So hat denn dieser mystische Schwärmer in seinem dunklen Drange eine Linie vom Westen des Reiches in den äußersten Osten beschrieben, wie dieser Sachsenkaiser, Sohn der griechischen Theophano, der Rom als Mittelpunkt auserkor und verlassen zu Viterbo starb, überhaupt das Reich in seinen vielen seltsamen Möglichkeiten und Fährnissen erweist.

Ebenso aufgefunden wurde damals die Stephansbursa, die goldene Pilgertasche, die während aller seitherigen Kaiserkrönungen auf dem Altar zu ruhen pflegte. Eine Arbeit des 10. Jahrhunderts, enthielt sie seit 1121 die angeblichen Gebeine des heiligen Stephan, die der päpstliche Legat Kaiser Heinrich V. als Angebinde beim Abschluß des Wormser Konkordats überreichte. Der Säbel Karls des Großen soll wirklich auf seine Zeit zurückgehen. Um ihn rankt sich ein Kranz von Legenden. Doch ist es in Anbetracht der Beziehungen zwischen beiden Herrschern nicht ausgeschlossen, daß es sich wirklich um ein Geschenk Harun al Raschids an den Herren des Abendlandes handelt. Andere wieder wollen in Karls Säbel das sagenhafte Schwert Attilas erkennen, das dann auf einem der Avarenzüge erbeutet worden wäre. Der Säbel wurde jedem Kaiser bei der Krönung mit den Worten: „Empfange das Schwert aus der Hand der Bischöfe!" überreicht. Dann erteilte der gekrönte Kaiser mit diesem Schwerte den Ritterschlag. In späteren Zeiten wurde es das Vorrecht der Herren von Dalberg, Erbkämmerer von Worms, ihn zuerst zu empfangen. Erst wenn auf die Frage des kaiserlichen Heroldes: „Ist hier kein Dalberg?" die Antwort ausblieb, begannen die Ritterschläge.

Die Aachener Königskrönung bot Schiller den Anlaß zu einem seiner schönsten Gedichte. Das Krönungsmahl, das Kaiser Rudolf in der alten, an der Stelle des Rathauses gelegenen Königspfalz gehalten hat, gab dem Dichter den Anreiz, das Spiel der Reichsgewalten um des Kaisers Majestät zu schildern. Diese Schilderung ist zwar nicht streng geschichtlich, kein Böhme schenkte damals des perlenden Weins, sondern vermutlich der Herzog von Bayern. Dennoch gibt die berühmte Stelle von den sieben Wählern, die den Herren der Welt umdrängen „wie der Sterne Chor um die Sonne sich stellt" ein unübertreffliches planetarisches Bild des weltbewegenden Vorganges. Um diese Zeit hebt sich das Wahlrecht der sieben Kurfürsten aus dem früheren Gesamtwahlrecht aller Reichsstände allmählich heraus, um dann freilich erst 1356 durch Karls IV. zu Nürnberg ausgearbeitete und auf dem Seillefeld vor Metz verkündete Goldene Bulle zur festen Ordnung zu werden. Bei Wahl und Krönung erschienen die Kurfürsten im Kurmantel, der bei den weltlichen aus rotem Samt, bei den geistlichen aus scharlachrotem Tuch bestand. Der Kurfürst von Mainz als Erzkanzler des Reiches leitete dabei das Kollegium, während die eigentliche Krönung, wenigstens während der Aachener Zeit, durch den Erzbischof von Köln zu erfolgen pflegte.

Die Kaiserkrone des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation

Bereits das Aachener Kleinodienerbe beweist die enge Verknüpfung des Kaisergedankens sowohl mit den antiken weltlichen, wie besonders mit dem geistlichen Rom. Nach mittelalterlicher Rechtsauffassung ist der Deutsche Kaiser als Nachfolger der Cäsaren Herr der Welt und Haupt der Christenheit. In Dantes Schrift „De Monarchia" erscheint das Imperium des Kaisers als Inbegriff und Vollendung irdischer Ordnung aus göttlichem Rechte. Als „heiliger Vogel" gilt ihm der Reichsadler, unter dessen Schutz er sich begibt, wenn er vor den Nachstellungen der Gegner zum Can Grande, dem Reichsvikar für Verona, flüchtet. Diese Vorstellung findet denn auch in Form wie Sinngebung wohl aller Reichskleinodien ihren deutlichen Ausdruck. Der weitaus größere Teil besteht aus den 34 Nürnberger Stücken. Sie setzen sich zusammen aus dem Ornat, also den Krönungsgewändern, den Insignien, den eigentlichen Machtabzeichen, sowie den Reichsheiligtümern. Ornat und Insignien waren im oberen Sakristeigewölbe der Nürnberger Heiliggeistkirche untergebracht. Die Heiligtümer wurden in der sogenannten Heiltumsruhe verwahrt, welche schwebend über dem Hochaltar an einer Kette vom Chorgewölbe herabhing. Unter dem Boden der Truhe sind in Malerei, von zwei Engeln gehalten, die beiden ältesten Reichsreliquien dargestellt: die heilige Lanze und der Span vom Kreuze Christi.

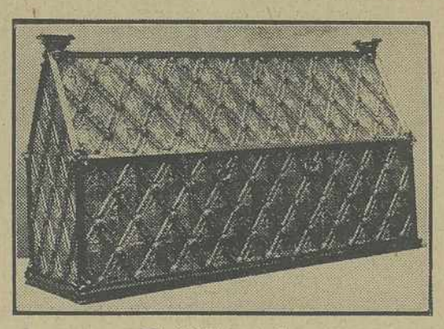
Die Kaiserkrone, Europas mächtigstes Herrschersymbol während eines Jahrtausends, wird vom Kreuze überragt. Die eigentliche Krone besteht aus acht oben abgerundeten goldenen Platten, von denen die vier höheren nur mit Edelsteinen, Perlen und Filigran verziert sind, die vier niedrigeren aber außerdem noch in eigens eingefügten kleineren Goldplatten Darstellungen in buntem Zellenschmelz zeigen. Durch das geheimnisvolle Leuchten und Funkeln, das von ihr ausgeht, ruft sie einen tiefen Eindruck hervor. Den Körper bildet die burgundische Königskrone, welche 993 zu Beginn der langen Regierung Rudolfs III. von Burgund angefertigt wurde. Bügel und Kreuz wurden in deutschen Goldschmiedewerkstätten hergestellt. Eine Emailplatte zeigt Gottvater zwischen den Engeln thronend, darüber die Schrift: PER ME REGES REGNANT (Durch mich herrschen die Könige). Es ist die Krone, die Walther von der Vogelweide vorschwebt, „älter als König Philipp von Schwaben, aber durch den Goldschmied für ihn gerichtet": Diu krone ist elter dan der künec Philippes si, / da muget ir alle schouwen wol ein wunder bi, / wi's ime der smit so ebene habe gemachet.

Der halbkreisförmige Kaisermantel von vier Metern Durchmesser hat die Form des Pluviale, des Prunkgewandes der Bischöfe. Durch eine Art Palmbaum ist der scharlachrote Halbkreis in zwei Viertelkreise aufgeteilt. In jedem Viertelkreise stürzt sich ein riesiger heraldischer Löwe auf ein niedergezwungenes Kamel. Nach der arabischen Inschrift am Saume wurde dies Prachtstück im Jahre 1133 für König Roger von Sizilien zu Palermo gearbeitet. Ebendort wurde auch 1181 die Alba, das weißseidene, mit Perlen und Saphiren bestickte Unterkleid auf Befehl König Wilhelms II., des Herrn Italiens, der Lombardei, Kalabriens und Siziliens verfertigt. Auch die ältere Dalmatika, auch Tunicella genannt, ein kurzarmiges Meßgewand aus tiefdunkler Purpurseide, und eine Stola wurden in den sarazenischen Fabriken von Palermo gefertigt. Der gleichen Herkunft sind die scharlachroten Handschuhe und Strümpfe sowie die Schuhe, die dereinst zum Krönungsornat des Normannenkönigs Roger gehört haben. Durch Heinrichs VI. Heirat mit Konstanze von Sizilien gelangten diese normännischen Schätze in den Reichsbesitz. Auf 150 Saumtieren traten sie dereinst die weite Reise durch Italien über die Alpen zum Trifels in der Pfalz an.

Dagegen stammt die Heilige Lanze aus Burgund. Es ist der Königsspeer, das Zeichen der burgundischen Lehnsabhängigkeit, den König Heinrich I. von Rudolf von Burgund im Jahre 926 erhielt. Wahrscheinlich unter Otto I. wurde aus dem Lanzenblatt dieses Königsspeeres ein Stück hinausgestemmt und in die Oeffnung der Nagel, mit dem Christi Rechte ans Kreuz geheftet gewesen sein soll, eingelassen. So wurde der Speer zum Reichsheiligtum und als solches dem Heere Ottos des Großen 955 auf dem Lechfelde gegen die Magyaren vorangetragen. Das Schwert des heiligen Mauritius wird als sächsische Arbeit betrachtet. (Unser Initial links oben stellt den Schwertgriff dar.) Otto I. hatte den Leichnam des heiligen Mauritius nach Magdeburg verbringen lassen. Die Königsgestalten auf der Scheide des Schwertes weisen Verwandtschaft mit der Grabplatte Rudolfs von Schwaben im Dome zu Merseburg auf. Das Zepter ist um 1350 im Auftrage Karls IV. hergestellt, ein sechskantiger Stab aus vergoldetem Silber mit einem Knauf, den vier Blätter umschließen und eine Eichel krönt. Der Reichsapfel wird vom Kreuz überragt, mit Edelsteinen reich verziert und dürfte im 12. Jahrhundert in Deutschland gearbeitet worden sein.

Die Heiliggeistkirche zu Nürnberg, einst Aufbewahrungsort der Mehrzahl der Reichskleinodien

In den älteren Zeiten war zwischen der deutschen Königskrönung in Aachen und der Kaiserkrönung in Rom zu unterscheiden. Der erste Vorgang war Karls des Großen römische Kaiserkrönung durch Leo III. am ersten Weihnachtsfeiertage des Jahres 800. Manch deutscher König hat indessen auf die römische Krönung verzichtet, Heinrich I. sogar auf jegliche Krönung. Karl V., der sich im Jahre 1520 zu Aachen und zehn Jahre darauf vom Papste in Bologna krönen ließ, war der letzte Kaiser, der sich zu diesem Zwecke nach Italien begeben hat. Inzwischen haben sich um die deutsche Kaiserkrone weitere Sinnbilder der Macht geschart, die Eiserne Krone der Lombarden und, seit 1526, die böhmische Wenzelskrone und die ungarische des heiligen Stephan. Inzwischen haben aber auch die Könige von Frankreich und England den gewaltigen Vorsprung eingeholt, der sie bisher von „des Cäsars geweihter Majestät" getrennt hatte. Schon starren die Zacken der französischen Lilienkrone begehrlich über Wasgau und Rhein. Bei der Kaiserwahl Karls V. hat nur Jakob Fuggers Geld verhütet, daß das Kurfürstenkollegium Franz I. von Frankreich zum Kaiser kürte!



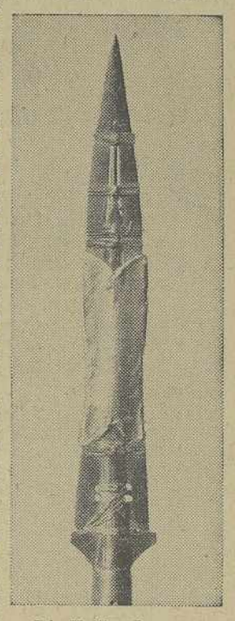
Die Heiltumsruhe

Während das Kaiserhaus immer mächtiger über die deutschen Grenzen ausgreift, verfällt die Reichsgewalt nach innen immer mehr.

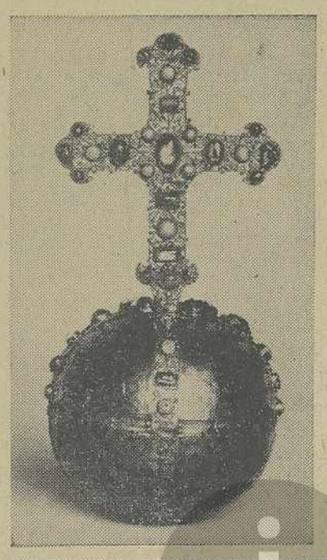
Frankfurt wird zur Krönungsstadt, und es bleibt ein überwältigendes Schauspiel, wenn die von Osten gekommenen Nürnberger, die Aachener von Norden her dem von Westen eingetroffenen Erzbischof von Mainz in der Wahlkapelle des Domes die ehrwürdigen Insignien aushändigen. Der Kaiser aber war aus Wien gekommen, und so ist es, als wüchse das lose über gewaltige Fernen gespannte Reich im engen Raume zwischen Dom und Römer der guten Stadt aus allen Richtungen der Windrose bei jeder Krönung zur lebendigen Einheit zusammen.

Der fünfzehnjährige Goethe hat es miterlebt und später in leuchtenden Farben festgehalten, daß Josef II. am 27. März 1764 zu Frankfurt zum Römischen König gewählt und am 3. April dortselbst feierlich gekrönt wurde und eine Woche hindurch in der alten Reichsstadt ganz Deutschlands Herz pochte. Es ist erhebend und kurzweilig zugleich, im fünften Buche des ersten Teiles von „Dichtung und Wahrheit" nachzulesen, wie der Knabe schon vorher mit dem gestrengen Herrn Rat über den Beschreibungen der alten Kaiserdiarien gesessen hatte, wie dann die Stadt immer festlicher aufwallte, wie beim Einzug des Kurfürsten von Mainz am 21. März das Kanonieren anhub, die Frankfurter indessen für den brandenburgischen Gesandten, den Freiherrn v. Plotho, trotz seiner einfachen Kleidung „ein Vorurteil gefaßt" hatten, weil dieser kurzangebundene Herr den kaiserlichen Notarius Aprilis, der ihm die Achterklärung gegen König Friedrich zustellen wollte, zu Regensburg die Treppe hinuntergeworfen hatte, wie vor Sachsenhausen das Zelt gerichtet war, wo ein hochwohllöblicher Magistrat den Kaiser und den zu krönenden Erzherzog empfing, wie die Freie Reichsstadt sich völlig als „kleiner Souverän" fühlte und benahm, weswegen dann allerdings die Reichsinsignien die Nacht auf freiem Felde zubringen mußten, weil zwischen Kurmainz und Frankfurt eine Einigung über das Geleit nicht zu erzielen gewesen. Maria Theresia kam von Aschaffenburg aus in einer Jacht gefahren, die Haare des Erbmarschalls Grafen Pappenheim wehten über dem goldenen Mantel im Winde, alle Glocken läuteten, und, während es vorher noch, wie Goethe meint „ziemlich modern zugegangen", erschienen nun die Majestäten in jener hergebrachten Ausrüstung, der König Josef in der alten, der Kaiser Franz in ihrer getreuen Nachbildung. Der junge Goethe aber hatte über all der Aufregung den Hausschlüssel vergessen und entschädigte sich wohl bei dem auf dem Römerberg errichteten Springbrunnen, der unter dem Doppeladler beiderlei Wein spendete und bei dem gebratenen Ochsen für das, was ihm das Elternhaus für diesen Abend schuldig bleiben mußte.

Nicht viele solcher Krönungen hat Frankfurt noch gesehen, es ist eine der letzten, die hier eingefangen wurde. Franz II., der am 14. Juli 1792 zum Römischen Kaiser gekrönt worden war, legte am 6. August 1806 die Insignien des Reiches nieder. Vorher waren sie bereits im wörtlichsten Sinne von ihren herkömmlichen Stätten verdrängt worden. In der Nacht, bevor der französische General Jourdan am 9. August 1796 Nürnberg besetzte, hatte der wackere Losungsrat v. Haller — Losunger hießen die von der Stadt mit der Betreuung der Kleinodien beauftragten Beamten — sie in Kisten verpackt, mit Pferdedünger überschüttet aus der Stadt geschafft und nach Prag geleitet, von wo der k. k. Kommissar Alois Freiherr v. Hügel sie nach Passau, dann nach Linz und schließlich nach Wien verbrachte. Etwa ein halbes Jahr später trafen dort auch die Aachener Kleinodien ein. Doch fühlte man sich in Wien so wenig sicher, daß man den deutschen Reichsschatz zusammen mit den österreichischen Erbkleinodien erst nach Ofen, dann nach Temesvar schaffte. Er war ähnliche Wege schon 400 Jahre früher gegangen, als die böhmischen Kaiser ihn von Prag nach dem festen Schloß Karlstein und dann vor den Hussiten nach der ungarischen Kronfeste Visegrad geflüchtet hatten. Ludwig von Wittelsbach, Markgraf von Brandenburg, hatte am 12. März 1350 zu München die Reichskleinodien Kaiser Karl IV. ausgeliefert, nachdem sie eine Zeitlang in wittelsbachischer Obhut gewesen. Um ihren Aufenthalt sicherzustellen, beschlossen nach vielen Wechselfällen Kaiser und Kurfürsten, daß sie der Freien Reichsstadt Nürnberg in Gewahrsam gegeben würden. Am 22. März 1424 überführten die Nürnberger Bevollmächtigten Stromer zur



Die Heilige Lanze



Der Reichsapfel, das ältere Reichszepter und die Seitenansicht der Kaiserkrone

ikgs

Rose und Georg Pfinzing den Schatz in die Stadt. Hier wurde er fortan alljährlich am vierzehnten Tage nach Karfreitag auf dem sogenannten Heiltumsstuhle, der am Markt aufgerichtet wurde, vor allem Volke ausgestellt.

Seit dem Jahre 1813 ruhten die Reichskleinodien geborgen, aber auch verborgen in der Schatzkammer zu Wien. Wohl waren sie der sie aufsuchenden Oeffentlichkeit zugänglich, ihr Sinn aber ging mit dem Erlöschen des Traumes vom Heiligen Reich verloren. Dieser Traum, großartig und vergeblich zugleich, war dennoch wohl wert, von Deutschen geträumt worden zu sein. Und heute, da aus der erdrückenden dereinstigen Fülle der Ansprüche und Aufgaben, da aus der Kärglichkeit darauffolgender Verengung das neue Reich der Deutschen in Macht und Selbstbescheidung wieder erstand, findet unter neuem Zeichen alte Sendung wieder ihre Ehre. In den ersten Zeiten der Reichssehnsucht sang Friedrich Rückert sein Lied vom alten Barbarossa, der des Reiches Herrlichkeit mit sich hinabgenomm[illegible]e in den Kyffhäuser. Nun hat der Kaiser [illegible]ge gefunden, und auch die Raben, die er zur Wacht und Kundschaft kreisen ließ, mögen schlafen geh'n.

F. J.

*

Aufnahmen: Oesterreichische Lichtbildstelle (3), Kunstverlag Wolfrum-Wien (3), Christof Müller-Nürnberg (2). — Als Unterlage für die Beschreibung der Reichskleinodien diente: Fritz Traugott Schulz „Die deutschen Reichskleinodien", Leipzig 1934.

Daladier wünscht den Ausgleich mit Rom

Neue Aktivität am Quai d'Orsay — Zusammentreffen mit Chamberlain und Halifax geplant

P. Tg. **Paris**, 15. April

Daladier hat in sehr gewandter Weise mit einem seit Jahren hier nicht mehr erlebten parlamentarischen Glück es verstanden, sich innenpolitische Bewegungsfreiheit zu verschaffen und sieht sich nun, nachdem beide Häuser in Urlaub gegangen sind, wenigstens für einen Monat vor ungetrübten Schaffensmöglichkeiten. Alles deutet darauf hin, daß Daladier die sich ihm gebotene Gelegenheit auch entsprechend ausnutzen wird, um die französische Außenpolitik wieder in den Sattel zu heben. Zwei Punkte stehen an erster Stelle dieses außenpolitischen Programms: Die rasche Klärung des französisch-italienischen Verhältnisses und die Vollendung der englisch-französischen Zusammenarbeit bis zur Schaffung eines Verhältnisses, das praktisch eine Allianz bedeuten würde.

Was den ersten Punkt betrifft, so soll er nach hiesigen Wünschen geradezu im Sturmtempo erledigt werden. Die französische Regierung hat mit Aufmerksamkeit das günstige Echo verfolgt, das die Ernennung Bonnets zum Außenminister in Rom gefunden hat. Bonnet hat niemals ein Geheimnis daraus gemacht, daß er die Offenlassung des römischen Botschafterpostens für eine der größten Ungeschicklichkeiten der französischen Außenpolitik der letzten Jahre hielt. Als besonders glücklicher Auftakt der neuen Haltung gegenüber Italien wird die eben erfolgte Unterzeichnung des neuen französisch-italienischen Handelsvertrages empfunden. Informationen am Quai d'Orsay bestätigen, daß die Frage der möglichst raschen Entsendung eines französischen Botschafters nach Rom grundsätzlich beschlossene Tatsache ist. Noch offen bleibt jedoch die Frage, wann und unter welchen Umständen, d. h. ob die Genfer Verhandlungen über die Anerkennung des Imperiums abgewartet werden sollen oder aber ob Frankreich schon vorher einen diplomatischen Vertreter nach Rom entsendet. Die französische Regierung gibt ferner zu verstehen, daß sie entschlossen ist, umgehend Verhandlungen mit Italien im weitesten Rahmen aufzunehmen, die in Anlehnung an das englisch-italienische Abkommen gewisse französische Sorgen im Mittelmeer, in Spanien und in Afrika klären sollen.

Wer wird Botschafter in Rom?

Eins steht jedenfalls jetzt schon fest, daß Bonnet entschlossen ist, im Einvernehmen mit Daladier der Beilegung des italienisch-französischen diplomatischen Streites durch die Ernennung einer besonders hervorragenden Persönlichkeit der französischen Politik zum kommenden Botschafter in Rom demonstrativen Charakter zu geben. Eine Anzahl von Kandidaten für den römischen Posten wird bereits genannt. An erster Stelle steht Flandin, dann der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des Senats, Bérenger, der Vorsitzende des gleichen Ausschusses des Kammer, Mistler, der ehemalige Kriegsmarineminister und Zentrumsabgeordnete Pietri und der ehemalige Kultusminister de Monzie (die vielfach erörterte Kandidatur Lavals scheint aus innerpolitischen Rücksichten nur schwer durchführbar, obwohl sie vielleicht am besten den gegenwärtigen Wiedergutmachungswünschen Frankreichs Rechnung tragen würde). Alle diese Persönlichkeiten sind als überzeugte Vertreter der französisch-italienischen Freundschaft bekannt. Die Beauftragung eines dieser Männer — und dies gilt besonders für Flandin, Bérenger und Mistler, würde ohne Zweifel weit über den Rahmen einer diplomatischen Ernennung hinausgehen, den Charakter einer bedeutungsvollen Geste tragen und könnte dementsprechend als ungewöhnlicher moralischer Erfolg Roms gebucht werden.

Verstärkte Generalstabsreden Paris-London

Was den zweiten Teil des außenpolitischen Aktionsprogramms der Regierung betrifft, die weitere Kräftigung des britisch-französischen Verhältnisses, so soll für die allernächste Zeit schon — wie es allerdings bisher noch nicht bestätigte Gerüchte angekündigt haben — eine Zusammenkunft zwischen englischen und französischen Regierungsmitgliedern vorgesehen sein. Der englische Botschafter Sir Eric Phipps hat Bonnet besucht, um, wie es heißt, ein Zusammentreffen Daladier-Bonnet und Chautemps mit Chamberlain und Halifax voraussichtlich für das Wochenende nach Ostern entweder in London oder in Paris vorzubereiten. Im übrigen erwartet man in Paris, daß der englische Kriegsminister Hore-Belisha, der bereits auf seiner Fahrt nach Malta Paris berührte, bei der Rückkehr von seinem Besuch bei Mussolini eine Zusammenkunft mit Daladier haben wird. Das Ziel der Aussprachen ist die Festlegung einer gemeinsamen Haltung gegenüber allen großen politischen Fragen der Gegenwart. Die englische Regierung hofft wohl nicht zuletzt dadurch auch ihre eigene Politik und ihre eigene Position wesentlich zu festigen, die während der Volksfrontaera und der von der radikalen Linken abhängigen Außenpolitik der letzten schwachen französischen Regierungen trotz grundsätzlichen beiderseitigen Einverständnisses immer wieder gefährdet worden sind. Dies gilt ganz besonders für die Spanienfrage, die Mittelmeerfrage und für das Verhältnis zu Deutschland und zu Italien.

Darüber hinaus aber glaubt man hier, nunmehr auch eine festere Formulierung und Einspielung der militärischen Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern erreichen zu können, insbesondere was den Einsatz und die Rüstungen der Flugwaffe der beiden Länder betrifft. Nachrichten wollen davon wissen, daß man die an die Schaffung eines ständigen, unter französischer Oberleitung stehenden Militärausschusses gedacht hat für die Zusammenarbeit der beiden Luftflotten.

Wenn auch bei diesen französischen Erwartungen im einzelnen vielleicht gewisse eigene Hoffnungen mitspielen, so ist doch zu berücksichtigen, daß eine Regierung Daladier von England seit langem als die französische Ideallösung erwähnt worden ist, und daß die häufigen Besuche Daladiers in England und seine engen Beziehungen mit englischen Militärstellen, die sich Daladier während seiner langjährigen Kriegsministerzeit geschaffen hat, den gegenwärtigen französischen Regierungschef in Englands Augen zum Exponenten dessen gemacht haben, was England von der französischen Militärmacht erwartet. Es ist jedenfalls richtig, daß verschiedene Einzelheiten der französisch-englischen militärischen und allgemein machtpolitischen Zusammenarbeit bisher ungeklärt und ihre endgültige Regelung einer französischen Regierung von innenpolitisch fester Basis vorbehalten geblieben sind.

Einschränkungen in London

H. Sg. **London**, 15. April

Die Möglichkeit eines Besuches Daladiers und Bonnets in London wird hier dahin ausgelegt, daß bei dieser Gelegenheit definitiv eine Militärallianz zwischen Großbritannien und Frankreich abgeschlossen werden soll. Diese Nachricht ist stimmungsmäßig interessant, zumal im gleichen Atemzuge von der Verständigung zwischen Frankreich und Italien gesprochen wird, die auf Betreiben und mit Hilfe der britischen Regierung jetzt energisch in die Hand genommen werden würde. Daß die britische Regierung selbst keineswegs die Absicht hat, eine Allianz, wie sie vor dem Kriege mit Frankreich bestand, und die nach Versailles zu wiederholtem Male ausdrücklich von allen bisherigen britischen Regierungen abgelehnt worden ist, wieder aufleben zu lassen, ist hinreichend bekannt. Chamberlain und sein Außenminister Lord Halifax haben überdies stets sehr wohl in Betracht gezogen, was für ungeheure Gefahren das französisch-sowjetrussische Militärbündnis für Europa in sich birgt.

Seit langem besteht jedoch in London ebenso wie in Paris der Wunsch, in Anwendung der sogenannten Generalstabsbesprechungen, die vor zwei Jahren beschlossen wurden, sich über den Stand der gegenwärtigen Verteidigungsmittel und die Möglichkeit ihres Zusammenwirkens zu orientieren, darüber hinaus womöglich auch ganz bestimmte taktische Pläne zu besprechen, für den Fall, daß Frankreich und Großbritannien angegriffen werden. Das ist aber ein gewaltiger Unterschied zwischen jener Militärallianz, die sich ein Winston Churchill wünscht und deretwegen er auch kürzlich in Paris mit Mitgliedern der Regierung Blum gesprochen hat und wobei Sowjetrußland als Voraussetzung in das Bündnis hineingenommen (!) werden müßte. Großbritannien wäre dann verpflichtet, zu Land, auf See und in der Luft an der Seite Frankreichs und Sowjetrußlands in jeden Krieg einzugreifen, den diese Staaten vom Zaun brechen könnten, und zumindest in jeden europäischen Konflikt, in den einer dieser Staaten hineingezogen würde. Der Bürgerkrieg in Spanien und die Gefahren, die von Frankreich und Sowjetrußland in diesen Jahren in Zusammenhang damit Europa drohten, haben den Engländern eine heilsame Lehre gegeben, was eine Allianz mit diesen Staaten bedeuten könnte.

Neues Handelsabkommen Paris—Rom

E. H. **Rom**, 15. April

Graf Ciano und der Geschäftsträger Blondel haben ein neues italienisch-französisches Handels- und Zahlungsübereinkommen unterzeichnet, das mit Wirkung vom 1. Mai den freien Zahlungsverkehr einführt, nachdem mit dem Abkommen vom 11. August 1936 Clearingverkehr vereinbart worden war, und das gleichzeitig Bestimmungen enthält, die Italien eine Abdeckung der eingefrorenen Schulden und der Waren- und Finanzkredite gestattet. Zu diesem Ziele wird die Kontingentierung des Güteraustausches beibehalten. Die Notwendigkeit des neuen Abkommens ergab sich vor allem daraus, daß entgegen den Bestimmungen des alten Uebereinkommens und entgegen den italienischen Erwartungen die Einfuhr aus Frankreich die italienische Ausfuhr nach Frankreich wesentlich überstieg. Der italienisch-französische Handel ist übrigens in den letzten zehn Jahren auf ein Fünftel des früheren Umfanges zurückgegangen, und, wie „Corriere della Sera" bemerkt, ist auch angesichts der inzwischen eingetretenen Strukturwandlungen der beiden Volkswirtschaften nicht damit zu rechnen, daß die neuen Abkommen die Wiedererreichung des früheren Umfanges herbeiführt, wenngleich man hofft, daß jetzt wenigstens die außerwirtschaftlichen Gründe der Beschränkung des gegenseitigen Warenverkehrs verschwinden.

„Auf dem toten Punkt"

Verschärfte Wirtschaftskrise in USA. — Roosevelt verkündet neue Maßnahmen

Washington, 15. April

Die stündlich sich weiter zuspitzende Wirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten von Amerika führte dazu, daß seit dem Wochenende im Weißen Haus täglich Konferenzen zwischen Roosevelt und seinen Ratgebern über Hilfsmaßnahmen stattfanden. Donnerstag nun sandte Präsident Roosevelt an den Bundeskongreß eine lange Botschaft, in der er die Ursachen der Depression klarlegt und Mittel zu ihrer Behebung vorschlägt.

Donnerstag abend legte Roosevelt in einer Rundfunkrede, die über sämtliche 700 amerikanischen Sender übertragen wurde, dem Volk seine Ideen vor. Er stellte zunächst fest, daß die Wirtschaft Amerikas im letzten halben Jahr immer schlechter geworden sei und etwas getan werden müsse, bevor die Lage endgültig ernst werde. Im wesentlichen führte Roosevelt aus: Das Nationaleinkommen betrug im Jahre 1928 80 Milliarden Dollar. Es fiel im Jahre 1933 auf 38 Milliarden und stieg dann 1937 wieder auf 68 Milliarden Dollar. Jetzt ist es aber bereits wieder auf 56 Milliarden Dollar gefallen. Die Ursachen, so erklärte Roosevelt, waren Ueberproduktion und zu starkes Anziehen der Preise, so daß die Kaufkraft nicht mitkam. Trotz allem, so meinte Roosevelt, sei die Lage sehr verschieden von der vor fünf Jahren. Er wünsche, daß keine Reformmaßnahme des New Deal aufgegeben werde, sondern daß man sich der Werkzeuge bediene, die er und der Kongreß seit dem Jahr 1933 geschaffen hätten. Er sei nicht der Ansicht, daß die amerikanische Wirtschaft sich durch ständige und notgedrungen immer größer werdende Regierungssubventionen auf lange Sicht erholen könne.

4½ Milliarden neue Subventionen

Um aber über den gegenwärtigen toten Punkt hinwegzukommen und für die Millionen zu sorgen, deren Arbeitslosenunterstützung jetzt ablaufe, um weitere Fabriken und andere Großbetriebe vor dem Zusammenbruch und damit vor dem Brotloswerden weiterer Millionen Arbeiter zu bewahren, schlage er die Aufwendung von Bundesgeldern in Höhe von etwa 4½ Milliarden Dollar vor. Von dieser Summe sollen für Notstandsmaßnahmen in Form von direkten Beihilfen und von Notstandsarbeiten 2050 Millionen Dollar für die Beschaffung neuer Arbeit durch große Regierungsaufträge in Form von Anleihen an Einzelstaaten und Gemeinden und an Hausbauorganisationen 950 Millionen Dollar und zur Auswertung des Wirtschaftsgebietes 1500 Millionen Dollar aufgewendet werden. Zur teilweisen Deckung der von ihm geforderten Mehrausgaben schlug Roosevelt die Einsetzung des bisher gehorteten Goldes vor, das aus dem Ausland gekommen ist, aber bisher nicht in Verkehr gebracht wurde. Dieses Gold soll in seiner Gesamthöhe von 1,4 Milliarden Dollar der Bundeskasse zugeführt werden. Zum Schluß seiner Ausführungen appellierte Roosevelt an die „Agitatoren unter den Arbeitnehmern", wie er die Gewerkschaftsbonzen nannte. Sie dürften nicht darüber nachsinnen, wie man die Räder der Arbeit zum Stillstand bringen könne, sondern sie müßten vielmehr mithelfen, daß die Wirtschaft die Mittel zu einer anständigen Entlohnung der Arbeitnehmer auch erzeuge.

Wachsender Haushaltfehlbetrag

Entsprechend dem Vorschlage des Präsidenten Roosevelt gab das Schatzamt bekannt, daß die „sterilisierten" Goldbestände in Höhe von 1,4 Milliarden Dollar der Bundeskasse in Verbindung mit Roosevelts Wiederaufbauprogramm zugeführt würden. Nach dem letzten Schatzamtsausweis stieg im März das Defizit der Regierung auf über eine Milliarde Dollar (bzw. 1007 Millionen Dollar).

Unterzeichnung amtlich angekündigt

Englisch-italienische Verhandlungen abgeschlossen

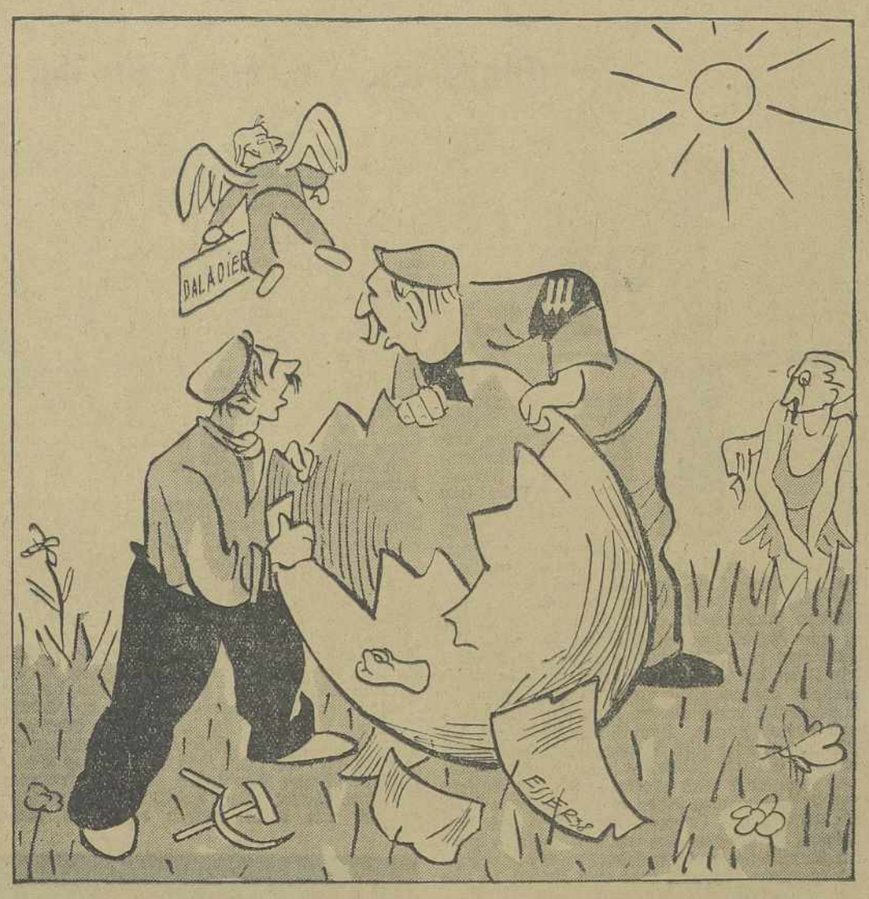
E.H. **Rom**, 15. April

Den Abschluß der italienisch-englischen Verhandlungen, die am 8. März in Rom begannen, teilt folgende amtliche italienische Erklärung mit: „Der Duce hat im Palazzo Venezia in Anwesenheit des Grafen Ciano den Botschafter von Großbritannien Lord Perth empfangen, mit dem er die abschließenden Besprechungen der italienisch-englischen Verhandlungen führte und die Lesung der Texte vornahm. Die Unterzeichnung der Abmachungen wird am Nachmittag des Samstags im Palazzo Chigi stattfinden."

Damit wird also zum ersten Male von italienischer Seite eine Andeutung über die Verhandlungen selbst gemacht, nachdem bisher lediglich die lakonischen Mitteilungen über die Unterredungen zwischen Graf Ciano und Lord Perth ergangen waren. Die amtliche Mitteilung bestätigt, daß es sich um mehrere Abkommen handelt; über den Inhalt der verschiedenen Texte wird aber immer noch Stillschweigen bewahrt. Die Presse gibt diese Erklärung in großer Aufmachung und mit breiten Schlagzeilen wieder. Unter den Bemerkungen der italienischen Presse zur bevorstehenden Unterzeichnung der italienisch-englischen Abkommen verdient die Stellungnahme des „Corriere della Sera" besondere Beachtung, weil das Mailänder Blatt sehr zutreffend darauf hinweist, daß auch mit den neuen Abmachungen zunächst nur eine Etappe erreicht ist. So sehr Chamberlains Verdienst vergrößert werde, so meint der „Corriere", weil er seine Politik gegenüber Italien gegen eine Opposition im eigenen Lande durchsetzen mußte, so müsse doch auch Italien von dieser Opposition Kenntnis nehmen, „um allzu leichtem Enthusiasmus und daraus folgende Illusionen zu vermeiden". Es sei zu wünschen, daß die Haltung der englischen Regierung sich bald auch dem ganzen englischen Volke mitteile.

Die Karikatur der M.N.N.

Das Volksfront-Osterei



Franz Esser

„Ob der noch mal wieder kommt?"
Frankreichs neue Regierung und die trauernden Hinterbliebenen.

Juden seit 1848 verfünffacht

Ungarns Abwehrkampf — Die Begründung zum Ausgleichsgesetz

Budapest, 15. April

Zu dem zur Regelung der Judenfrage in Ungarn vor der Regierung Daranyi eingereichten Gesetzentwurf über „die Wahrung des wirtschaftlichen und sozialen Gleichgewichts" wird nunmehr von der Presse ein Auszug aus der zu erwartenden Begründung veröffentlicht. Darüber wird einleitend auf die Entwicklung des Judentums in Ungarn hingewiesen und festgestellt, daß sich die Zahl der Juden seit 1848 verfünffacht habe. Diese rapide Zunahme habe im Laufe der verflossenen 90 Jahre das gesamte Wirtschaftsleben überschwemmt und alle führenden Stellen den Juden überantwortet.

Nach dem Weltkrieg sei das ungarische Volk in eine große Not geraten, die alle Schichten des Volkes betroffen habe mit Ausnahme des Judentums, das auch bei dieser Gelegenheit seinen Machtzuwachs noch zu steigern verstanden habe. Während die Kraft des christlichen Ungartums auf der ganzen Linie eine Schwächung erfuhr, sei der Machtzuwachs des Judentums in den verschiedensten Wirtschaftszweigen sprunghaft gestiegen. Dadurch sei eine auffallende Ungleichheit in der Beteiligung des christlichen Ungartums und des Judentums am wirtschaftlichen, geistigen und kulturellen Leben entstanden.

Aus diesem Grunde sei es für die Regierung eine unaufschiebbare Pflicht, diese Frage radikal zu lösen und das gestörte Gleichgewicht wiederherzustellen. Besonders dringlich sei die Lösung des Problems geworden, da die Notwendigkeit bestand, der christlichen Jugend Erwerbsmöglichkeiten zu sichern und auch den Söhnen des ungarischen Bauernstandes die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs zu verschaffen. Der Begründung des Judengesetzes sollen umfangreiche statistische Daten beigefügt sein, welche die soziale und wirtschaftliche Entwicklung der jüdischen und christlichen Bevölkerungsschichten umfassen.

Das rumänische Staatsschutzgesetz

Weitgehende Strafandrohungen

Bukarest, 15. April

Die Regierung Christen erließ nun das schon seit einiger Zeit angekündigte Staatsschutzgesetz, welches alle bisher auf diesem Gebiet erlassenen Bestimmungen zusammenfaßt und ergänzt. Das Gesetz verbietet jede Propaganda, die auf die Aenderung der Regierungsform abzielt oder Vermögensaufteilung, Steuerbefreiung und Klassenkampf zum Ziel hat. Kirchen, Schulen und andere öffentliche Gebäude dürfen zu politischen Zwecken nicht benutzt werden. Kein Priester darf einen Eid abnehmen, der nicht durch ein Gesetz vorgeschrieben ist. Verboten wird ferner das Marschieren in geschlossenen Kolonnen, das Singen politischer Lieder, die Bildung bewaffneter militärähnlicher Verbände zu politischen Zwecken und die Verbreitung von politischen Flugschriften und Zeichnungen. Für die Durchführung solcher verbotener Ziele darf von Ausländern kein Geld angenommen werden.

Sämtliche politischen Parteien, Verbände und Vereinigungen aller Art sind aufgelöst, ihre Neubildung ist verboten. Die erlaubte politische Betätigung der Staatsbürger wird in einem neuen eigenen Gesetz noch geregelt. Die Zeitungen, die früher Sprachrohr politischer Gruppen waren, können verboten werden. Oeffentliche Beamte und Studenten dürfen an keinerlei politischen Kundgebungen teilnehmen. Handelsgesellschaften, die verbotene politische Handlungen fördern, werden mit einer Geldstrafe bis zu 500 000 Lei belegt, ihre Leiter außerdem auch persönlich bestraft. Gasthäuser, Gaststätten und alle Lokale können, falls sie die öffentliche Ruhe gefährden oder als politische Versammlungsstätten gebraucht werden, geschlossen werden.

Alle Uebertretungen des Staatsschutzgesetzes werden vom Militärgericht abgeurteilt. Richter, die auf Grund dieses Gesetzes böswillig Strafen verhängen oder freisprechen, werden bestraft. Als Strafen sieht das Staatsschutzgesetz Gefängnis von sechs Monaten bis zu zwei Jahren und Geldstrafen von 10 000 bis 20 000 Lei vor. Außerdem hat der Innenminister das Recht, gewissen Personen einen Zwangsaufenthalt für die Dauer von sechs Monaten bis zu einem Jahr anzuweisen.

Die deutschen Zeitungen in Bessarabien verboten

Leider haben die Befürchtungen über ein unfreundliches Vorgehen der rumänischen Regierung gegen die deutsche Volksgruppe neuerdings Nahrung erhalten. Die rumänische Regierung hat die beiden einzigen Zeitungen der deutschen Volksgruppe Bessarabiens verboten.

Politik in Kürze

Der Führer an General v. Lüttwitz. Der Führer hat an General der Infanterie Frhrn. v. Lüttwitz, der im Weltkrieg längere Zeit Chef des Stabes der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz und nach dem Kapp-Putsch 1920 einige Tage Reichswehrminister gewesen war, folgendes Glückwunschtelegramm gesandt: „Ihrer Verdienste gedenkend, spreche ich Ihnen anläßlich des 60jährigen Gedenktages Ihres Diensteintritts meine herzlichen Glückwünsche aus."

Reichspräsidialrat v. Wulffen 60 Jahre alt. Reichspräsidialrat G. A. v. Wulffen begeht am 18. April in Berlin-Charlottenburg seinen 60. Geburtstag. Er war von 1933 bis Ende 1937 im Stabe des Stellvertreters des Führers in München tätig und wurde am 1. Dezember 1937 in die Präsidialkanzlei berufen.

Referat für Studentenfragen. Im Einvernehmen mit dem Reichsstudentenführer hat der Reichserziehungsminister den Leiter des Wirtschafts- und Sozialamtes der Reichsstudentenführung, Dr. Franz, als Referenten für Studentenfragen in das Ministerium berufen.

Die in Irland lebenden Reichsdeutschen und früheren österreichischen Staatsangehörigen konnten erst am Gründonnerstag ihrer Wahlpflicht auf dem Hamburger Dampfer „Finkenau" genügen. Alle 129 Volksgenossen stimmten mit Ja.

Auch Norwegens diplomatische Vertretung aufgehoben. Der Berliner norwegische Gesandte hat mitgeteilt, daß die bisherige diplomatische Vertretung Norwegens für Oesterreich aufgehört hat zu bestehen und daß das Wahl-Generalkonsulat in Wien in dem Amtsbezirk „Land Oesterreich" fortgesetzt wird.

Die Kunst des Einrichtens
von Haus und Wohnung pflegen
mit schöpferischen Kräften
Deutsche Werkstätten München
G.m.b.H., Wittelsbacherplatz 1
Prospekt M 33 kostenlos
Möbel Teppiche Stoffe